

Vorbericht
zum Entwurf Haushalt 2014
des Landkreises Teltow-Fläming

Beschluss-Nr.: 4-1705/13-I



Inhalt

I.	Statistische Angaben Landkreis Teltow-Fläming	3
	Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Teltow-Fläming.....	4
	Eckwerte des Arbeitsmarktes 2012.....	4
II.	Allgemeine Erläuterungen	5
	Rechtsgrundlagen.....	5
	Bestandteile des Haushaltsplanes.....	5
III.	Überblick über den Stand und die Entwicklung der kommunalen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	7
	1. Gesamtergebnishaushalt.....	7
	Ordentliche Erträge 2014.....	8
	Vergleich ordentliche Erträge 2012/2013 und 2013/2014.....	8
	Erläuterungen wesentlicher Positionen des Ergebnishaushaltes mit Erläuterungen bei wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr	9
	Ordentliche Aufwendungen 2014.....	17
	Vergleich ordentliche Aufwendungen 2012/2013 und 2013/2014.....	18
	Außerordentliches Ergebnis 2014 bis 2017.....	27
	2. Gesamtfinanzhaushalt	28
	Entwicklung des Finanzmittelbedarfes aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit.....	28
	Inanspruchnahme von Kassenkrediten	29
	Finanzierungsbedarf für die Inanspruchnahme von Rückstellungen und Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum.....	30
	Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2014	30
	Übersicht über die geplanten Investitionstätigkeiten 2014.....	31
	Vermögensentwicklungsanalyse 2011 bis 2014.....	36
	3. Bürgschaften des Landkreises Teltow-Fläming.....	39
	4. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte - Erwerb Kreishaus	40
	5. Übersicht Schuldenstand/ Tilgung der Kreditverpflichtungen.....	43
IV.	Zielvorgaben gem. § 6 Abs. 4 KomHKV	44
V.	Darstellung der Abweichung Haushaltsplan 2014 vom mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan des Vorjahres	45

Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Teltow-Fläming

Jahr	EW ges.	Männer	Frauen
2000	159.719	78.581	81.138
2001	160.427	79.068	81.359
2002	160.659	79.287	81.392
2003	161.290	79.710	81.580
2004	161.696	80.048	81.643
2005	162.358	80.486	81.872
2006	162.342	80.453	81.889
2007	162.225	80.447	81.676
2008	161.682	80.290	81.392
2009	161.351	80.178	81.173
2010	161.120	80.011	81.109
2011	160.986	80.005	80.981
2012	161.120	80.086	81.034

Eckwerte des Arbeitsmarktes 2012

Monat	Jan.	Febr.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug	Sep.	Okt.	Nov	Dez.	MW
Arbeitslose insgesamt	7217	7482	7126	6868	6622	6606	6883	6695	6449	6422	6327	6752	6787
davon Männer	4117	4284	4037	3802	3667	3600	3660	3624	3536	3501	3446	3744	3752
Frauen	3154	3198	3089	3066	2955	3006	3223	3071	2913	2921	2881	3008	3040
dar. Jugendliche unter 20 Jahre	96	104	90	91	91	91	154	143	120	103	111	104	108
Jugendliche unter 25 Jahre	729	800	788	733	687	704	866	788	702	674	666	661	733
Arbeitslose über 55 Jahre	1477	1499	1443	1425	1400	1416	1413	1407	1384	1412	1409	1497	1432
Langzeitarbeitslose (1 Jahr und länger)	2074	2168	2090	2107	2129	2148	2200	2198	2156	2151	2126	2195	2145
Ausländer	198	201	198	196	185	187	192	198	191	188	184	184	191,83
Schwerbehinderte	317	329	323	307	310	307	315	325	321	305	298	309	313,83

II. Allgemeine Erläuterungen

Rechtsgrundlagen

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes sind folgende Rechtsvorschriften anzuwenden:

- a) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I S. 286), geändert durch Gesetz vom 23. September 2008 (GVBl. I S.202) durch Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg vom 15. April 2011 (GVBl. I Nr. 6)
- b) b) Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung -KomHKV) vom 14. Februar 2008 (GVBl. II S.14), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Juni 2010 (GVBl. II Nr. 38)
- c) Verwaltungsvorschrift über die produktorientierte Gliederung der Haushaltspläne, die Kontierung der kommunalen Bilanzen und der Ergebnis- und Finanzhaushalte sowie über die Verwendung verbindlicher Muster zur Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung (VV Produkt- u. Kontenrahmen) vom 18.März 2008 (ABl. S. 939), geändert durch Runderlass vom 21. Dezember 2009

Bestandteile des Haushaltsplanes

Der Haushaltsplan besteht gemäß § 3 KomHKV (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung) aus:

- dem Ergebnishaushalt
- dem Finanzhaushalt
- den Teilhaushalten und
- dem Haushaltssicherungskonzept.

Dem Haushaltsplan sind beizufügen:

- der Vorbericht,
- eine Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Jahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen; werden Auszahlungen in Jahren fällig, auf die sich der mittelfristige Ergebnis- und Finanzplan noch nicht erstreckt, so ist die voraussichtliche Deckung des Ausgabenbedarfs dieser Jahre gesondert darzustellen,
- eine Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten, der Rücklagen und der Rückstellungen zu Beginn und zum Ende des Jahres, für das der Haushaltsplan aufgestellt wird (Planjahr),
- eine Übersicht über die Sonderposten und über die veranschlagten Erträge aus der Auflösung der Sonderposten im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum,
- eine Übersicht über die veranschlagten Erträge und Aufwendungen aus allgemeinen Umlagen, Ersatz von sozialen Leistungen und Sozialtransferleistungen im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum,
- der Stellenplan,
- die Wirtschaftspläne der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
- die Wirtschaftspläne der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 von Hundert beteiligt ist,
- eine Übersicht über die gebildeten Budgets.

Der Ergebnishaushalt umfasst alle Ressourcen als Aufwendungen und Erträge und weist somit das Ressourcenaufkommen, den Ressourcenverbrauch sowie die sich daraus ergebenden Jahresüberschüsse oder Jahresfehlbeträge aus.

Der Finanzhaushalt beinhaltet die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen im Haushaltsjahr sowohl aus laufender Geschäftstätigkeit als auch für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.

Die Teilhaushalte bestehen aus den Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalten und werden auf Produktebene abgebildet. Die Teilergebnispläne beinhalten die ILV – die sogenannte interne Leistungsverrechnung.

Im Haushaltsjahr 2014 besteht der Gesamthaushalt des Landkreises Teltow-Fläming aus 153 Produkten (110 Haupt- und 43 Unterprodukte).

Für das Haushaltsjahr 2013 kam es zu einer Produktneubildung im Bereich der Wirtschaftsförderung. Aufgrund der Eingliederung von Teilen der SWFG wurde hier das Produkt 575010 - Tourismus geschaffen.

Die Produktbeschreibungen, mit Hilfe derer die Produkte näher erläutert werden, liegen den entsprechenden Teilplänen bei.

III. Überblick über den Stand und die Entwicklung der kommunalen Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

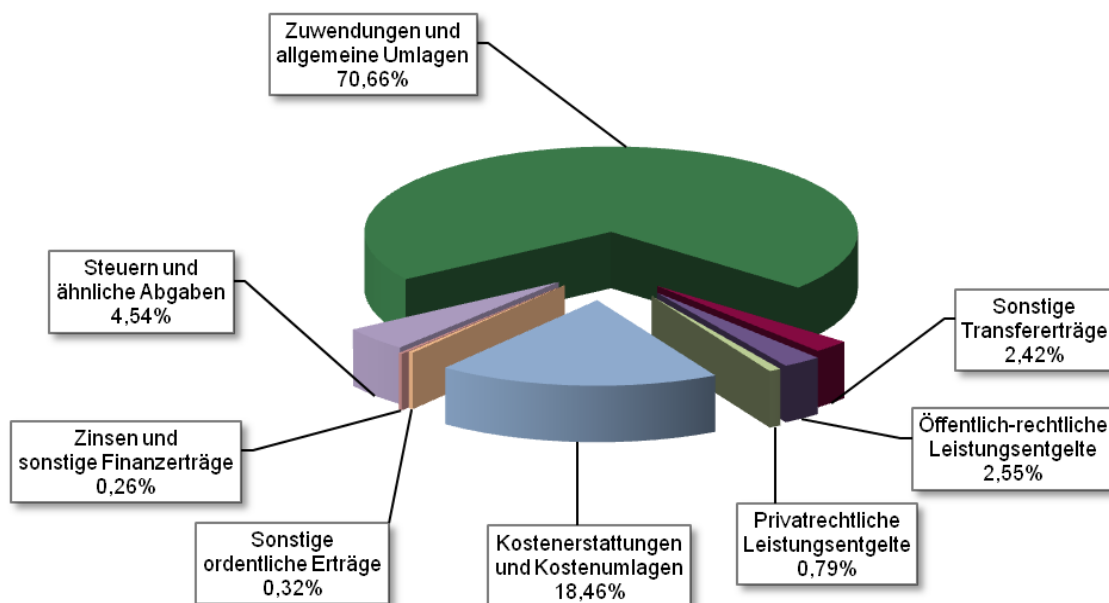
1. Gesamtergebnishaushalt

Der Gesamtergebnishaushalt weist für **2014**

Erträge in Höhe von 218.611.170 €
 Aufwendungen in Höhe von 214.661.000 € aus.

Position	Ertrags- und Aufwandsarten	Planansatz 2012 in EUR	Planansatz 2013 in EUR	Planansatz 2014 in EUR
10.	Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	193.554.570	204.586.660	218.030.670
17.	Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	192.217.230	203.673.560	213.484.690
18.	Ergebnis aus lfd. Verwaltungstätigkeit (= 10 ./ 17)	1.337.340	913.100	4.545.980
19.	Zinsen und sonstige Finanzerträge	100	581.100	580.500
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.337.440	1.190.000	1.176.310
21.	Finanzergebnis (= 19 ./ 20)	-1.337.340	-608.900	-595.810
22.	ordentliches Jahresergebnis (= 18 + 21)	0	304.200	3.950.170
23.	außerordentliche Erträge	8.000	0	215.000
24.	außerordentliche Aufwendungen	4.460	0	199.870
25.	außerordentliches Jahresergebnis (= 23 ./ 24)	3.540	0	15.130
26.	Gesamtüberschuss/-fehlbedarf (= 22 + 25)	3.540	304.200	3.965.300

Ordentliche Erträge 2014



Vergleich ordentliche Erträge 2012/2013 und 2013/2014

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Vergleich 2012/2013	Vergleich 2012/2013
		in EUR	in EUR	in EUR	in %
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	8.233.750	9.450.000	1.216.250	14,77
2.	Zuwendungen und allg. Umlagen	144.241.750	147.541.470	3.299.720	2,29
3.	Sonstige Transfererträge	4.230.850	6.065.590	1.834.740	43,37
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.505.070	5.414.740	-90.330	-1,64
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.596.630	1.794.940	198.310	12,42
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.786.420	33.419.920	4.633.500	16,10
7.	Sonstige ordentliche Erträge	960.100	900.000	-60.100	-6,26
19.	Finanzerträge	100	581.100	581.000	-
Gesamthaushalt Erträge		193.554.670	205.167.760	11.613.090	6,00

Position	Bezeichnung	Planansatz 2013	Planansatz 2014	Vergleich 2013/2014	Vergleich 2013/2014
		in EUR	in EUR	in EUR	in %
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	9.450.000	9.916.540	466.540	4,94
2.	Zuwendungen und allg. Umlagen	147.541.470	154.470.530	6.929.060	4,70
3.	Sonstige Transfererträge	6.065.590	5.285.400	-780.190	-12,86
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.414.740	5.564.080	149.340	2,76
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.794.940	1.731.730	-63.210	-3,52
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	33.419.920	40.360.290	6.940.370	20,77
7.	Sonstige ordentliche Erträge	900.000	702.100	-197.900	-21,99
19.	Finanzerträge	581.100	580.500	-600	-
Gesamthaushalt Erträge		205.167.760	218.611.170	13.443.410	6,55

Erläuterungen wesentlicher Positionen des Ergebnishaushaltes mit Erläuterungen bei wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

Steuern und ähnliche Abgaben

Planansätze

2012	2013	2014
8.233.750 €	9.450.000 €	9.916.540 €

Im Haushaltsjahr 2012 verringerten sich die Erträge. Grund hierfür war der Rückgang bei den Leistungen des Landes zur Umsetzung des SGB II (Wohngeldeinsparung). Für das Haushaltsjahr 2012 lag der Wert bei 920 T€, ab dem Haushaltsjahr 2013 beträgt er 2 Mio. €. Bei den Sonderbedarfs- Bundesergänzungszuweisungen nach § 15 BbgFAG zum Ausgleich der besonderen Belastungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhält der Landkreis in den Jahren 2013/2014 jeweils 7,45 Mio. €. Im Haushaltsjahr 2012 belief sich der Wert auf 7,3 Mio. €. Ab dem Jahr 2014 erhält der Landkreis erstmalig 466.540 € für den Jugendhilfelastenausgleich. Geplant sind diese Erträge laut Bescheid für die Jahre 2014 bis 2015.

Zuwendungen und allg. Umlagen

Planansätze

2012	2013	2014
144.241.750 €	147.541.470 €	154.470.530 €

In der Kontengruppe Zuwendungen und allg. Umlagen sind in den letzten Jahren Mehrerträge zu verzeichnen.

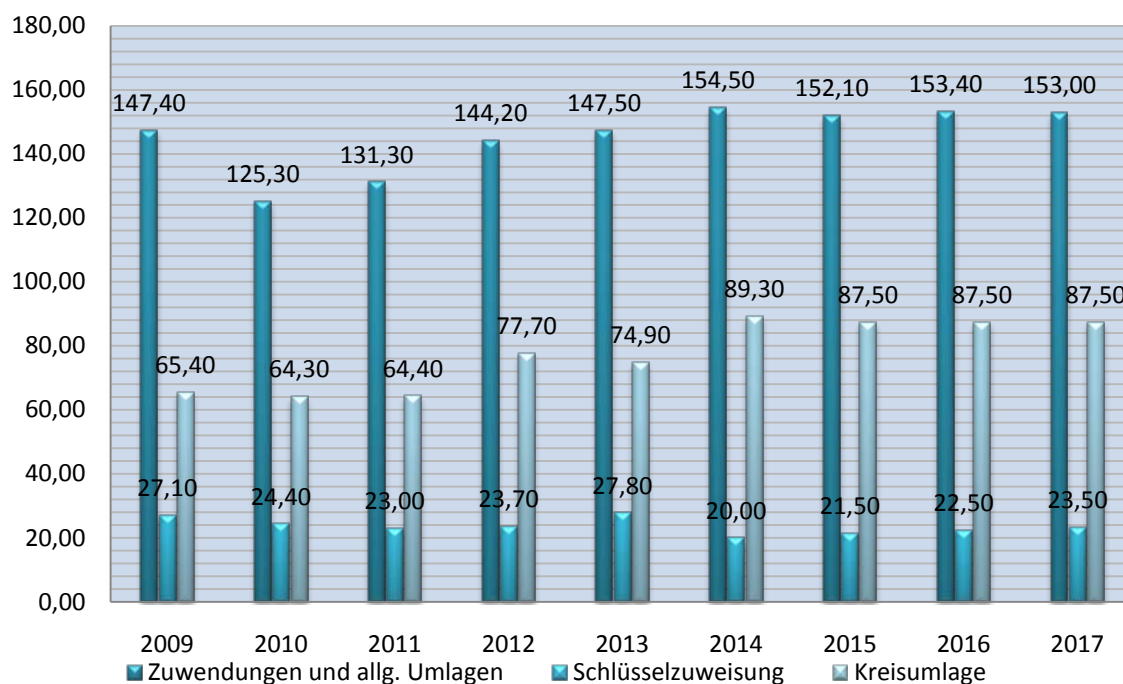


Abbildung zeigt den Gesamtbetrag der Zuwendungen und allg. Umlagen; zusätzlich wurden die darin enthaltenen (nicht investiven) Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage (incl. Finanzausgleichsumlage) separat dargestellt. Angaben in Millionen €

<i>Schlüsselzuweisungen (nicht investive)</i>	19.962.850 €
---	--------------

Neben der Kreisumlage stellen die Schlüsselzuweisungen, die der Landkreis im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land Brandenburg erhält, seine wichtigste Ertragsquelle dar.

Für das Jahr 2012 beliefen sich die Schlüsselzuweisungen auf 23.671.540 €. Im Haushaltsjahr 2013 erhöhten sich hier die Erträge um 4.143.800 € auf 27.815.340 €. Laut der Festsetzung, Mitteilung vom 20.12.2013, beläuft sich die allgemeine Schlüsselzuweisung für das Jahr 2014 auf 19.962.850 €. Es ergeben sich für das Jahr 2014 somit Mindererträge von ca. 7,85 Mio. €.

<i>Kreisumlage/ Finanzausgleichsumlage</i>	89.054.870 €/ 226.880 €
--	----------------------------

Der Hebesatz der Kreisumlage lag von 2005 bis 2011 bei 45 %. Für das Haushaltsjahr 2011 war ein Anstieg der Kreisumlage von 45 auf 46 % geplant, die durch die nicht erteilte Haushaltsgenehmigung versagt blieb. (Planwert 64,4 Mio. € bei 46 %; 63,0 Mio. € bei tatsächlichen 45 %) Im Haushaltsjahr 2012 stieg der Hebesatz von 45 % auf 47 %.

Für das **Jahr 2013** wurde erstmals von zwei dem Landkreis angehörigen Städten eine Finanzausgleichsumlage durch das Land nach § 17a Bbg FAG erhoben.

Baruth/Mark	167.309 €
Zossen	2.867.399 €

Unter Berücksichtigung des maßgeblichen Kreisumlagesatzes in Höhe von 45,00 v.H. aus dem Jahr 2011 ergab sich daraus im Fälligkeitsjahr 2013 ein vom Land an den Landkreis weiterzuleitender Anteil an der Finanzausgleichsumlage in Höhe von ca. 1.365.610 €.

Bei den Umlagegrundlagen für die Berechnung der Kreisumlage wirkt sich der an das Land abzuführende Betrag der Finanzausgleichsumlage mindernd aus. Dies führt im Ergebnis der Erhebung der Kreisumlage zu einem Minderertrag von ca. 91 T€.

Orientierungszahl laut Schreiben des Ministerium der Finanzen vom 18.12.2012

Umlagegrundlage für 2013 = 156.448.861 € (159.483.569 € ./). Finanzausgleichsumlage 3.034.708 €)

Für das Haushaltsjahr 2013 war ursprünglich eine Kreisumlageerhöhung auf 48,00 v.H. vorgesehen. Im Juni wurde der Haushaltsplanentwurf zurückgezogen und der Hebesatz verblieb somit bei 47,00 v.H. Dadurch entstand ein Minderertrag in Höhe von 1,6 Mio. €.

Auch im **Haushaltsjahr 2014** wird von zwei dem Landkreis angehörigen Städten/ Gemeinden eine Finanzausgleichsumlage durch das Land nach § 17a Bbg FAG erhoben.

Baruth/Mark	268.001 €
Großbeeren	214.732 €

Unter Berücksichtigung des maßgeblichen Kreisumlagesatzes in Höhe von 47,00 v.H. aus dem Jahr 2012 ergibt sich daraus im Fälligkeitsjahr 2014 ein vom Land an den Landkreis weiterzuleitender Anteil an der Finanzausgleichsumlage in Höhe von ca. 226.880 €.

Festsetzung laut Schreiben des Ministerium der Finanzen vom 20.12.2013

Umlagegrundlage für 2014 = 189.478.449 € (189.961.182 € ./). Finanzausgleichsumlage 482.733 €)

Daraus ergibt sich eine Ertragserhöhung für 2014 im Vergleich zu 2013 in Höhe von ca. 15 Mio. € ohne Berücksichtigung der Finanzausgleichsumlage und ca. 14 Mio. € mit Berücksichtigung der Finanzausgleichsumlage.

<i>Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus erhaltenen Investitionszuweisungen</i>	5.882.090 €
--	-------------

In den Zuwendungen und allg. Umlagen sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten enthalten. Es handelt sich um nicht zahlungswirksame Erträge. Sie bilden in dieser Kontengruppe eine Differenz zwischen der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung. Ihre Höhe beträgt für das Haushaltsjahr 2014 5.882.090 €.

Den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten stehen die Abschreibungen gegenüber.

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	- € -					
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	5.767.400	6.203.330	5.882.090	5.472.990	5.095.760	4.731.850
Abschreibungen	5.645.740	6.261.740	6.044.340	6.049.470	5.744.110	5.368.440

Die Vermögensentwicklungsanalyse bildet die Jahre 2011 bis 2014 ab.

Sonstige Transfererträge

Planansätze

2012	2013	2014
4.230.850 €	6.065.590 €	5.285.400 €

Die Planung der Ämter für das Planjahr 2013 lag deutlich über dem Niveau von 2012. Ab dem Jahr 2013 erfolgt die getrennte Planung/Darstellung der Erträge und Aufwendungen für die Leistungen des Sozialgesetzbuches (SGB II) durch das Jobcenter. Dementsprechend wurde die Planung ab dem Jahr 2013 angepasst. Berücksichtigt werden hier jetzt neu Planansätze bei den Erträgen für Rückforderungen und Kostenersatz von Leistungsberechtigten, Erstattungen von Sozialleistungsträgern und Tilgungen von Darlehen für Leistungen für Unterkunft und Heizung. Für das Kalenderjahr 2013 konnte hier lediglich eine grobe Einschätzung vorgenommen werden, die in 2014 angepasst und nach unten korrigiert werden musste. Siehe Übersicht in der Kontengruppe 54 – Sonstige ordentliche Aufwendungen, Gegenüberstellung Erträge/Aufwendungen.

In dem Produkt 342010 – Regionale Arbeitsmarktpolitik läuft im Jahr 2014 das Projekt „Bürgerarbeit“ aus und führt zu Mindererträgen in Höhe von ca. 285 T€.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Planansätze

2012	2013	2014
5.505.070 €	5.414.740 €	5.564.080 €

In dieser Kontengruppe werden die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren geplant. Grundsätzlich musste hier für das Haushaltsjahr 2013 ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Für das Haushaltsjahr 2014 kommt es insgesamt zu Mehrerträgen. Die nachfolgenden Übersichten zeigen die Mehr-/Mindererträge in den einzelnen Produkten.

Verwaltungsgebühren

Produkt	Bezeichnung	2013	2014	Vergleich 2013/2014
111070	Zentrale Dienstleistungen	5.500 €	11.000 €	5.500 €
111200	Immobilien- und Grundstücksverkehr	30.000 €	35.000 €	5.000 €
122020	Gewerbeangelegenheiten	2.000 €	10.000 €	8.000 €
122030	Jagd und Fischerei	13.000 €	40.000 €	27.000 €
122040	Ausländerangelegenheiten und Asylverfahren	30.000 €	33.000 €	3.000 €
122050	Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsverfahren	4.000 €	8.000 €	4.000 €
122100	Verkehrssicherheit/-lenkung	150.000 €	160.000 €	10.000 €
122130	Lebensmittelüberwachung	7.000 €	15.000 €	8.000 €
231010	Oberstufenzentrum	0 €	500 €	500 €
363550	Beistandschaften und Unterhalt	0 €	27.000 €	27.000 €
521010	Bauordnungsverfahren	1.500.000 €	1.550.000 €	50.000 €
542010	Kreisstraßen	500 €	3.000 €	2.500 €
554010	Naturschutz	35.000 €	40.000 €	5.000 €
122070	Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen	330.000 €	303.300 €	-26.700 €
122080	Kraftfahrzeugzulassung	1.490.000 €	1.450.000 €	-40.000 €
122110	Verkehrsordnungswidrigkeiten	42.000 €	40.000 €	-2.000 €
126010	Brandschutz	10.000 €	7.500 €	-2.500 €
414010	Öffentlicher Gesundheitsdienst	84.000 €	75.000 €	-9.000 €
414020	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung	11.000 €	8.000 €	-3.000 €
555020	Agraraufsicht/ Grundstücksverkehr	1.000 €	300 €	-700 €
				71.600 €

Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte

Produkt	Bezeichnung	2013	2014	Vergleich 2013/2014
221012	FS "Lernen" Ludwigsfelde	1.500 €	1.800 €	300 €
221015	FS "geistige Entwicklung" Groß Schulzendorf	150 €	410 €	260 €
243020	Schullandheim "Haus am See"	68.750 €	82.740 €	13.990 €
271010	Volkshochschule	240.000 €	322.000 €	82.000 €
272010	Kreismedienzentrum	4.000 €	4.500 €	500 €
511020	Katasterangelegenheiten	415.000 €	418.500 €	3.500 €
511020	Katasterangelegenheiten	12.000 €	15.000 €	3.000 €
221011	FS "Lernen" Mahlow	7.410 €	6.060 €	-1.350 €
221013	FS "Lernen" Luckenwalde	5.390 €	2.700 €	-2.690 €
221015	FS "geistige Entwicklung" Groß Schulzendorf	23.900 €	22.560 €	-1.340 €
221016	FS "geistige Entwicklung" Jüterbog	24.580 €	22.560 €	-2.020 €
511020	Katasterangelegenheiten	30.500 €	20.500 €	-10.000 €
217011	Gymnasium Rangsdorf	4.000 €	3.000 €	-1.000 €
217012	Gymnasium Ludwigsfelde	11.240 €	9.200 €	-2.040 €
231010	Oberstufenzentrum	5.200 €	2.830 €	-2.370 €
273010	Landwirtschaftsschule	18.600 €	16.300 €	-2.300 €
575010	Tourismus	12.000 €	11.300 €	-700 €
				77.740 €

Privatrechtliche Leistungsentgelte

Planansätze

2012	2013	2014
1.596.630 €	1.794.940 €	1.731.730 €

Für das Haushaltsjahr 2013 wurde mit einem Anstieg der Erträge gerechnet. Durch die Eingliederung von Teilen der SWFG; hier im Bereich Tourismus, bei den Kostenerstattungen von zuvor verauslagten Kosten der Ersatzvornahme bei Gefahrenabwehr, aber auch bei den Mieten und Pachten im Produkt Grundstücksgeschäfte sowie im Produkt Katasterangelegenheiten durch den Verkauf von Geodaten. Für 2014 ergeben sich geringe Ertragseinbußen; die wesentlichste Veränderung im Bereich Denkmalschutz und -förderung mit 100 T€

Produkt	Bezeichnung	2013	2014	Vergleich 2013/2014
111190	Grundstücksangelegenheiten	134.000 €	135.000 €	1.000 €
217011	Gymnasium Rangsdorf	6.190 €	6.900 €	710 €
362010	Jugendarbeit	0 €	1.000 €	1.000 €
363110	Jugendsozialarbeit	0 €	1.000 €	1.000 €
363120	Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	0 €	50 €	50 €
363210	Allg. Förderung der Erziehung in der Familie	0 €	50 €	50 €
365010	Tageseinrichtungen für Kinder	0 €	50 €	50 €
367500	Erziehungs- und Familienberatungsstellen	0 €	100 €	100 €
111070	Zentrale Dienstleistungen	4.500 €	5.000 €	500 €
122020	Gewerbeangelegenheiten	1.000 €	2.000 €	1.000 €
217011	Gymnasium Rangsdorf	200 €	1.500 €	1.300 €
221014	FS "Lernen" Jüterbog	0 €	100 €	100 €
554010	Naturschutz	0 €	1.000 €	1.000 €
271010	Volkshochschule	11.500 €	12.000 €	500 €
555020	Agraraufsicht/ Grundstücksverkehr	19.100 €	25.800 €	6.700 €
111190	Grundstücksangelegenheiten	316.000 €	335.000 €	19.000 €
111070	Zentrale Dienstleistungen	0 €	20.300 €	20.300 €
126010	Brandschutz	0 €	500 €	500 €
243020	Schullandheim "Haus am See"	70.000 €	76.470 €	6.470 €
217014	Gymnasium Jüterbog	3.400 €	1.200 €	-2.200 €
221014	FS "Lernen" Jüterbog	450 €	0 €	-450 €
511020	Katasterangelegenheiten	42.500 €	31.500 €	-11.000 €
575010	Tourismus	36.800 €	29.000 €	-7.800 €
221015	FS "geistige Entwicklung" Groß Schulzendorf	10.630 €	10.030 €	-600 €
221016	FS "geistige Entwicklung" Jüterbog	5.990 €	5.650 €	-340 €
126010	Brandschutz	2.900 €	1.800 €	-1.100 €
365010	Tageseinrichtungen für Kinder	50 €	0 €	-50 €
523010	Denkmalschutz- und förderung	300.000 €	200.000 €	-100.000 €
542030	Kreisstraßenmeisterei	500 €	0 €	-500 €
542010	Kreisstraßen	500 €	0 €	-500 €
				-63.210 €

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Planansätze

2012	2013	2014
28.786.420 €	33.419.920 €	40.360.290 €

Unter diesen Bereich fallen sämtliche Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Bund, Land und übrigen Bereichen. Neben den hier zu planenden Erstattungen für den Personalbereich (siehe Erläuterung bei den Personalaufwendungen) werden u.a. auch Erstattungen für den sozialen Bereich berücksichtigt. Mehrerträge von Bund und Land sind hier für das Haushaltsjahr 2014 zu erwarten für:

- Produkt 311590
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ca.1,8 Mio.€
(Erstattung der Aufwendungen durch den Bund zu 100 v.H. (zuvor 75 v.H.))
- Produkt 313000
Hilfen für Asylbewerber ca. 1,4 Mio. €
- Produkt 315510
Unterbringung für Asylbewerber ca. 1,1 Mio. €
- Produkt 311300
Eingliederungshilfe ca. 3,2 Mio. €

Produkt	Bezeichnung	2013	2014	Vergleich 2013/2014
	Erstattungen vom Bund			
diverse		33.000 €	16.500 €	-16.500 €
311590	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4.553.660 €	6.324.900 €	1.771.240 €
	Erstattungen vom Land			
diverse		2.072.300 €	2.043.810 €	-28.490 €
311200	Hilfe zur Pflege	2.068.120 €	2.000.000 €	-68.120 €
311300	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	18.388.070 €	21.600.200 €	3.212.130 €
313000	Hilfen für Asylbewerber	1.396.500 €	2.817.200 €	1.420.700 €
315510	Unterbringung für Asylbewerber	587.970 €	1.684.720 €	1.096.750 €
121010	Wahlen und Abstimmungen (Europawahl; Landtagswahl)	117.000 €	202.750 €	85.750 €
	sonstige Erstattungen (Gemeinden/ Zweckverbänden/ sonstiger öffentlicher Bereich/ etc.)			
diverse		2.251.470 €	1.718.380 €	-533.090 €
				6.940.370 €

Sonstige ordentliche Erträge

Planansätze

2012	2013	2014
960.100 €	900.000 €	702.100 €

Die Mindererträge ergeben sich (Vergleich 2012 bis 2014) bei den Erträgen aus Bußgeldern im Produkt 122110 (Verkehrsordnungswidrigkeiten) ca. 260 T€

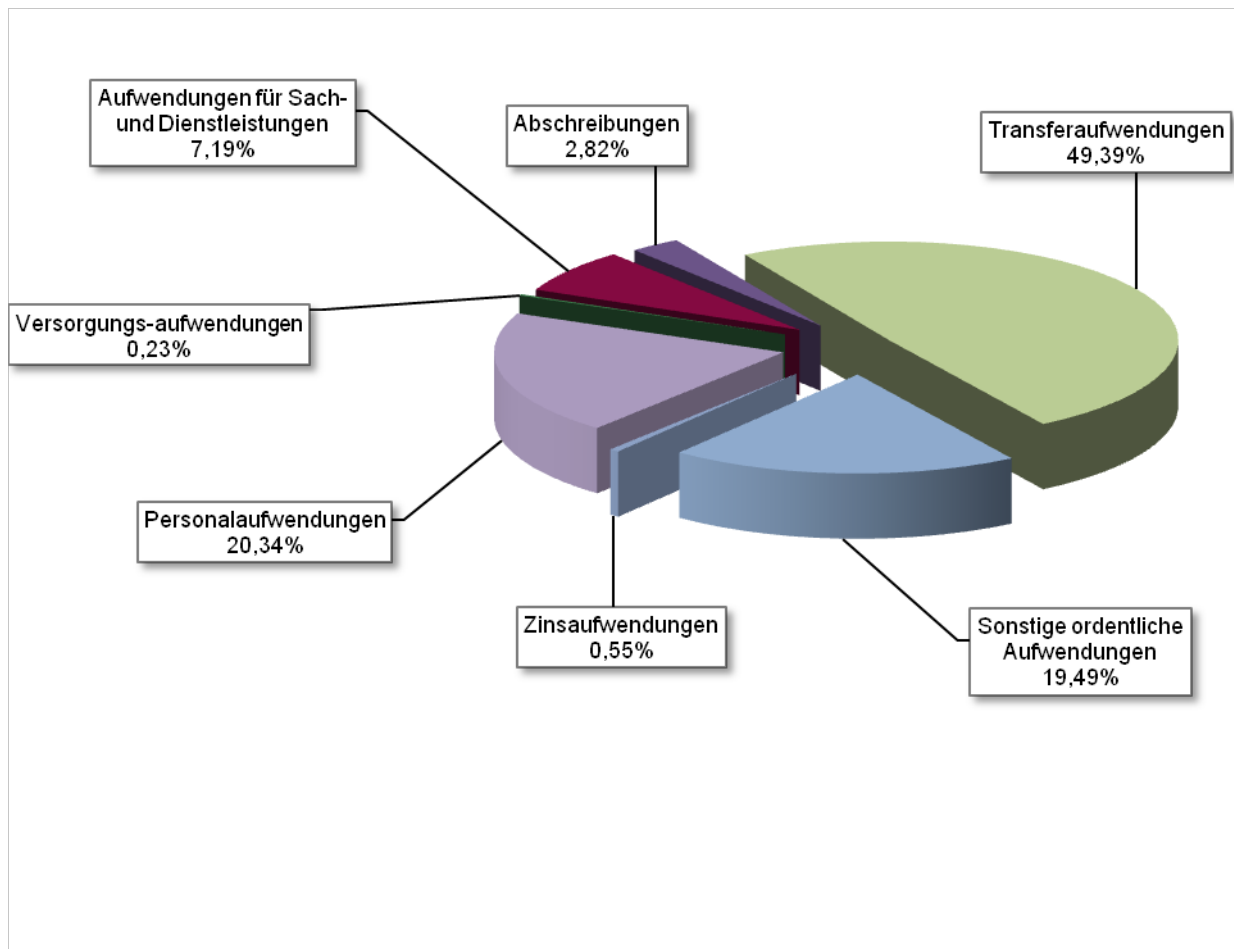
Zinsen und sonstige Finanzerträge

Planansätze

2012	2013	2014
100 €	581.100 €	580.500 €

Im Jahr 2013 wurden erstmalig die Gewinnausschüttungen der Mittelbrandenburgischen Sparkasse berücksichtigt. Ihre Verwendung finden diese Mittel entsprechend den Vorgaben des § 27 Abs. 5 Brandenburgisches Sparkassengesetz für öffentliche, im Sinne des Steuerrechtes gemeinnützige Zwecke.

Ordentliche Aufwendungen 2014



Vergleich ordentliche Aufwendungen 2012/2013 und 2013/2014

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Vergleich 2012/2013	Vergleich 2012/2013
		in EUR	in EUR	in EUR	in %
11.	Personalaufwendungen	41.113.650	41.720.450	606.800	1,48
12.	Versorgungsaufwendungen	266.040	339.200	73.160	27,50
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.262.410	14.634.000	2.371.590	19,34
14.	Abschreibungen	5.645.740	6.261.740	616.000	10,91
15.	Transferaufwendungen	98.782.650	101.017.240	2.234.590	2,26
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.146.740	39.700.930	5.554.190	16,27
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.337.440	1.190.000	-147.440	-11,02
Gesamthaushalt Aufwendungen		193.554.670	204.863.560	11.308.890	5,84

Position	Bezeichnung	Planansatz 2013	Planansatz 2014	Vergleich 2013/2014	Vergleich 2013/2014
		in EUR	in EUR	in EUR	in %
11.	Personalaufwendungen	41.720.450	43.658.620	1.938.170	4,65
12.	Versorgungsaufwendungen	339.200	487.050	147.850	43,59
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	14.634.000	15.428.000	794.000	5,43
14.	Abschreibungen	6.261.740	6.044.340	-217.400	-3,47
15.	Transferaufwendungen	101.017.240	106.024.560	5.007.320	4,96
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.700.930	41.842.120	2.141.190	5,39
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.190.000	1.176.310	-13.690	-1,15
Gesamthaushalt Aufwendungen		204.863.560	214.661.000	9.797.440	4,78

Personalaufwendungen

Planansätze

2012	2013	2014
41.113.650 €	41.720.450 €	43.658.620 €

Die Personalaufwendungen im Vergleich 2013 zu 2014 erhöhen sich um ca. 1,9 Mio. € mit nachstehender Begründung.

Planansatz der Personalkosten 2013	41.720.450,00 €
Planansatz der Personalkosten 2014	43.658.620,00 €
Differenz/einen Anstieg	<u>1.938.170,00 €</u>

Zusammensetzung des Anstiegs/der Differenz:

27 neu berücksichtigte Arbeitsverträge	ca. 815.000 €
weniger Inanspruchnahme von Rückstellungen ATZ	231.840 €
Stufensteigerungen von 116 Mitarbeitern in 2014	ca. 200.000 €
Tarifanstieg der Beschäftigten	ca. 613.630 €
Tarifanstieg der Beamten	ca. 77.700 €
Summe	1.938.170 €

Personalaufwendungen – Beamte

Die Besoldung der Beamten ist gesetzlich geregelt. Derzeit ist eine Novellierung des Besoldungsanpassungsgesetzes vorgesehen und damit verbunden eine Tarifierhöhung für die Gruppe der Beamten (Pressemitteilung des MdF Bbg vom 21.06.2013). Die Änderung des Gesetzes sieht eine rückwirkende Erhöhung aller Besoldungsgruppen für 07/2013 um 2,65 % vor. Weiterhin soll die Besoldung dann ab 07/2014 um weitere 2,00 % angehoben werden. Zudem wird in die Besoldung ein dauerhafter Sockelbetrag i. H. v. 21,00 € Brutto einfließen, welcher für die weggefallene Auszahlung der Sonderzahlung entschädigen soll. Der Tarifabschluss orientiert sich wie immer an dem Tarifergebnis der Verhandlungen der Tarifvertragsparteien des TV-L und hat Auswirkungen auf die Besoldungsordnungen A und B. Es wurde eine neue Landrätin/ein neuer Landrat entsprechend der derzeitigen Ausschreibung mit einer Besoldungsgruppe B 6 eingeplant.

Die noch ausstehenden regulären Stufenaufstiege entsprechend des Besoldungsdienstalters wurden für 2014 berücksichtigt. Für die Folgejahre wurde vorerst von einer konstant bleibenden Besoldung ausgegangen.

Die Aufwendungen für die Versorgungskassenbeiträge der Beamten sind gesetzlich geregelt und sind abhängig vom Bruttoverdienst der Beamten (derzeit 37,4 % der Endstufe der jeweiligen Besoldungsgruppe + Familienzuschlag der Stufe 1). Somit ergibt sich ein Kostenverlauf bei den Aufwendungen für die Versorgungskasse für die Beamten entsprechend den Dienstaufwendungen für die Beamten

Personalaufwendungen – Beschäftigte

Am 28. Februar des Planjahres 2014 laufen der derzeit bestehende Tarifvertrag und die damit verbundenen Tarifabschlüsse aus. Demzufolge sind neue Tarifergebnisse ab 03/2014 zu erwarten. Da es zur Zeit noch keine Spekulationen zu etwaigen Zielen der Gewerkschaften gibt, wurde ein Tarifanstieg von 1,50 % ab 03/2014 eingeplant.

Nach einer jeweiligen Laufzeit von zwei Jahren wurden für die Folgejahre entsprechend weitere Tarifabschlüsse eingeplant. Ab 03/2016 ein Anstieg von 2,00 % und ab 02/2018 ein

Anstieg von 1,50 %. Die Tarifabschlüsse haben Auswirkungen auf die Beschäftigten des TVöD und die Beschäftigten des TV SuE.

In der Planung für 2014 sind ebenfalls die regulären Stufenaufstiege der Beschäftigten berücksichtigt, sowie die Übernahme der 7 auslernenden Auszubildenden (6 Verwaltungsfachangestellte, 1 Vermessungstechniker) ab August 2014. Weiterhin sind für 2014 sieben neue Auszubildende (6 VFA, 1 VT) ab August eingeplant.

Die derzeit feststehenden Befristungen von Arbeitsverträgen wurden bei der Hochrechnung für 2014 und bei der Planung der Folgejahre berücksichtigt. Ebenfalls wurden die endenden Verträge der ATZ-Beschäftigten, sowie die Vertragsenden bei Erreichen der Altersgrenze berücksichtigt.

Die Aufwendungen zur Sozialversicherung und zur Zusatzversorgungskasse der Beschäftigten orientieren sich an der Entwicklung der eben genannten Personalaufwendungen.

Das Zusammentreffen der Umsetzung von beiden Tarifergebnissen in 2014 macht sich in einem deutlichen Tarifiergebnis der Personalaufwendungen bemerkbar.

Bezeichnung	2011	2012	2013	2014
Dienstaufwendungen Tariflich Beschäftigte	27.695.670 €	26.977.460 €	27.954.800 €	29.325.970 €
Dienstaufwendungen Tarifliche Gehälter	358.230 €	450.960 €	527.860 €	539.320 €
Sozialversicherungsbeiträge Tariflich Beschäftigte	5.463.910 €	5.393.070 €	5.523.260 €	5.596.170 €
Aufwendungen für Versorgungskassenbeiträge Tariflich Beschäftigte	886.960 €	851.890 €	884.370 €	912.200 €
Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	296.010 €	757.430 €	65.160 €	0 €
Inanspruchnahme von Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen	-1.100.980 €	-1.421.350 €	-1.489.960 €	-1.258.120 €
Aufwendungen für Beihilfen/ Bildschirmarbeitsplatzbrillen	4.000 €	4.000 €	6.000 €	7.000 €
Summe Tariflich Beschäftigte	33.603.800 €	33.013.460 €	33.471.490 €	35.122.540 €
Beschäftigungsentgelte (Honorar)	682.700 €	642.900 €	678.100 €	678.500 €
Entgelte für Kreisausbilder	39.220 €	48.200 €	36.700 €	41.700 €
Entgelte für Kreisbrandmeister	5.000 €	4.990 €	4.990 €	4.990 €
Aufwendungen für den Bundesfreiwilligendienst	0 €	68.750 €	52.500 €	26.870 €
Aufwendungen Honorare IB	0 €	0 €	5.550 €	4.700 €
Summe Honorare	726.920 €	764.840 €	777.840 €	756.760 €
Dienstaufwendungen Beamte	4.478.440 €	4.476.390 €	4.405.550 €	4.584.380 €
Aufwendungen für Versorgungskassenbeiträge Beamte	1.805.420 €	1.798.040 €	1.826.220 €	1.955.600 €
Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungsleistungen für Beamte	162.010 €	153.400 €	150.450 €	149.510 €
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte	475.160 €	619.660 €	815.080 €	815.080 €
Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Beamte	265.890 €	287.860 €	273.820 €	274.750 €
Summe Beamtenbezüge	7.186.920 €	7.335.350 €	7.471.120 €	7.779.320 €

Die **Erstattungen** für Personal kommen hauptsächlich aus folgenden Bereichen:

- Zuschüsse für laufende Zwecke (übrige Bereiche) – Spenden
- Erträge für den Bundesfreiwilligendienst
- Erstattungen vom Land
- Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich
- Erstattungen von Personalkosten (u. a. Jobcenter)
- Erträge aus Verwaltungsaufwendungen für Flugplatz Schönhagen
- Erträge aus Verwaltungsaufwendungen für Tourismusverband
- Zuschüsse für die Beschäftigung behinderter Auszubildender
- Erstattungen für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen (SGB III)

Die zu erwartende Summe der Erstattungen beträgt für 2014 ca. 1.410.270 €. Diese Erstattungen sind entsprechend gegen die Personalaufwendungen zu rechnen.

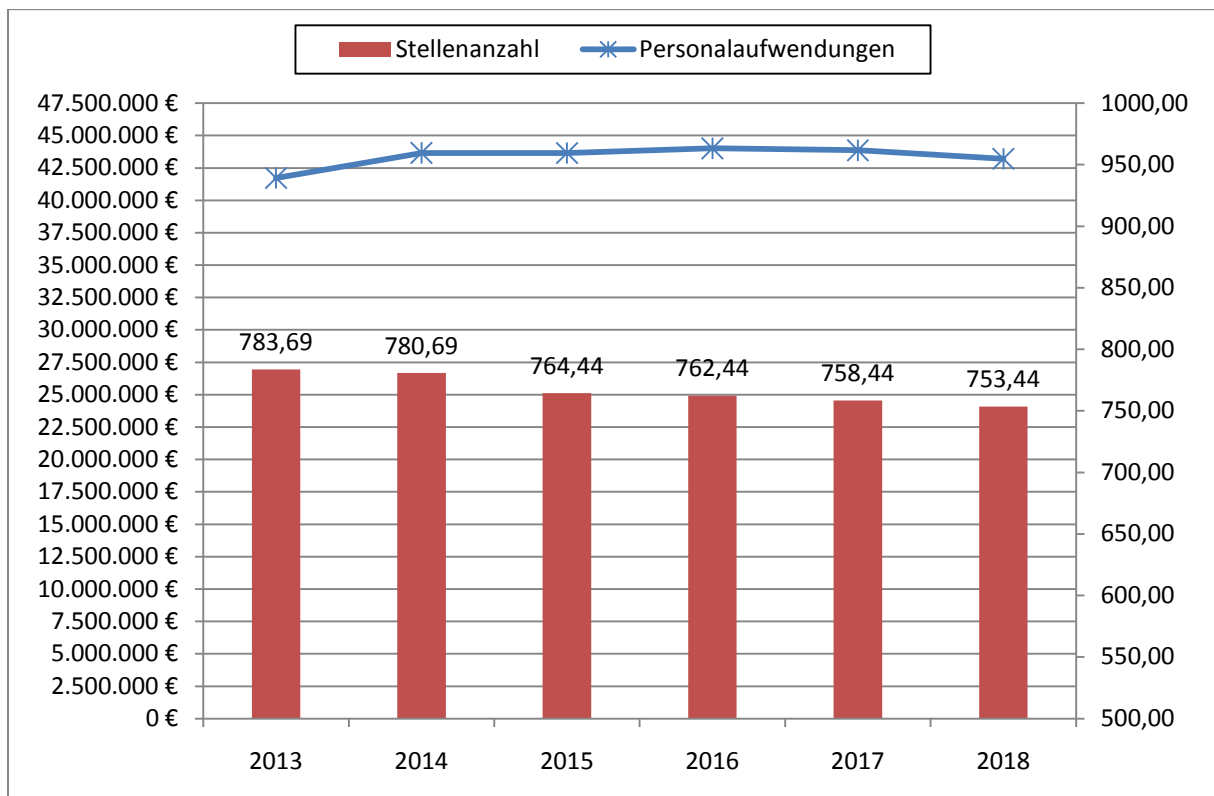


Abbildung der Personalaufwendungen in Mio. € Stellenanzahl in VZE (ohne ATZ-Ruhephasen, Bürgerarbeiter, Angestellten nach dem TV Fleischbeschau)

Versorgungsaufwendungen

Planansätze

2012	2013	2014
266.040 €	339.200 €	487.050 €

Bei den Versorgungsaufwendungen handelt es sich um zu tätige Aufwendungen (Pensions- und Beihilfeverpflichtungen) für Versorgungsempfänger. Der hier zu planende Wert (%-Satz) wurde dem Landkreis durch den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg mit Schreiben vom 22.03.2013 mitgeteilt. Die Berechnung des Ausgangswertes erfolgt durch die beratenden Aktuar Rüss, Dr. Zimmermann und Partner aus Hamburg. Der Mehraufwand ist durch den Landkreis nicht beeinflussbar.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Planansätze

2012	2013	2014
12.262.410 €	14.634.000 €	15.428.000 €

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist ab dem Haushaltsjahr 2013 ein Anstieg zu verzeichnen. In dieser Kontengruppe sind sämtliche Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung, sei es für Grundstücke und bauliche Anlagen, für Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände, Fahrzeuge etc. enthalten. Die allgemeinen Preissteigerungen bei den Bewirtschaftungskosten machen sich hier durchgängig in fast allen Produkten bemerkbar. Gründe für den Kostenanstieg in 2013 waren hier:

- die Erhöhung der Stromkosten durch die EEG Umlage
- die Erhöhung der Reinigungskosten durch Tariferhöhungen bei den Firmen
- die Erhöhung der Kosten für Wachschutz (Preissteigerung um 7,5%)
- die Erhöhung der Benzinpreise

Für das Kalenderjahr 2014 sind im Produkt 542010 - Kreisstraßen längst überfällig gewordene Instandsetzungsarbeiten berücksichtigt und führen in ihrer Summe zu einer Erhöhung um 1,35 Mio. € gegenüber dem Ansatz von 2013 (mit 1,2 Mio. €).

Maßnahmen der Unterhaltung/ Instandhaltung	Planansatz
Instandsetzung Entwässerungsanlagen einschließlich Bauwerke	50.000 €
Instandsetzung Fläming-Skate RK 1 Neuhof-Kolzenburg	400.000 €
Instandsetzung Fläming-Skate, restliche Strecke	300.000 €
Deckenerneuerung K 7236 Ortslage Großmachnow	200.000 €
Instandsetzung der straßenbegleitenden Radwege	330.000 €
Markierungsarbeiten	100.000 €
Winterdienst	220.000 €
Bankettregulierungen	70.000 €
Beschilderung und Schutzeinrichtungen	20.000 €
Deckenerneuerung	200.000 €
Reinigung der Durchlässe	10.000 €
Übernahme B101 (Abstufung 01.01.2014)	450.000 €
Unterhaltung Kreisstraßen (Risssanierung, Reparaturzüge, Patchen etc.)	200.000 €
	2.550.000 €

Abschreibungen

Planansätze

2012	2013	2014
5.645.740 €	6.261.740 €	6.044.340 €

Mit den Abschreibungen erfasst man planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Die Abschreibung korrespondiert dabei mit dem Wertverlust von Vermögen des Landkreises innerhalb eines bestimmten Zeitraums.

Die Erhöhung der Abschreibungen resultiert für das Haushaltsjahr 2013 aus der Zuweisung mehrerer Straßenabschnitte und Brücken, welche vom Land an den Landkreis übertragen wurden. Desweiteren wurden bisherige investive Baumaßnahmen fertig gestellt.

Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten 2009 kam es zu Veränderungen bei Vermögenswerten. So wurden durch den Landkreis getätigte Zuschüsse für Investitionen an Dritte als ARAP aktiviert. Die daraus resultierenden Abschreibungen konnten dementsprechend erstmalig für die Planung 2013 berücksichtigt werden.

Die Vermögensentwicklungsanalyse stellt die Abschreibungen der Jahre 2011 bis 2014 grafisch dar.

Transferaufwendungen

Planansätze

2012	2013	2014
98.782.650 €	101.017.240 €	106.024.560 €

Die Aufwendungen im Bereich der Transferaufwendungen sind weiterhin steigend. Für das Haushaltsjahr 2013 wurde ein Mehraufwand von ca. 2,4 Mio. € eingeplant. Grund war die allgemeine Regelsatzerhöhung zum 01.01.2013 im Sozialamtsbereich; sowie steigende Fallzahlen im Jugend- als auch Sozialbereich. Für das Haushaltsjahr 2014 zeigen die folgenden Übersichten den Mehr-/Minderbedarf in den einzelnen Produkten.

Produkt	Bezeichnung	2013	2014	Vergleich 2013/2014
111120	Personalangelegenheiten	53.500 €	58.160 €	4.660 €
128010	Katastrophenschutz	26.000 €	32.100 €	6.100 €
243010	Sonstige schulische Aufgaben	35.000 €	166.400 €	131.400 €
281020	Heimatpflege Dorfwettbewerb	0 €	5.200 €	5.200 €
311110	Laufende Leistungen	2.759.740 €	2.869.000 €	109.260 €
311120	Einmalige Leistungen an Berechtigte	41.000 €	42.000 €	1.000 €
311130	Einmalige Leistungen an sonstige	970 €	1.000 €	30 €
311260	vollstationäre Dauerpflege	2.191.500 €	2.200.000 €	8.500 €
311270	Kurzzeitpflege	9.740 €	10.000 €	260 €
311322	Hilfe zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf	194.800 €	230.000 €	35.200 €
311330	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	8.280 €	20.100 €	11.820 €
311341	Leistungen in anerkannten Werkstätten	5.064.800 €	5.200.000 €	135.200 €
311360	Leistungen zur Teilhabe am Leben	16.700.000 €	17.173.600 €	473.600 €
311400	Hilfe zur Gesundheit	542.720 €	550.000 €	7.280 €
311402	Hilfe bei Krankheit	1.940 €	2.000 €	60 €
311403	Hilfe zur Familienplanung	6.870 €	7.500 €	630 €
311520	Blindenhilfe	204.540 €	210.000 €	5.460 €
311550	Bestattungskosten	29.000 €	30.000 €	1.000 €
311590	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	5.409.200 €	6.338.900 €	929.700 €
312000	Grundsicherung für Arbeitssuchende	155.000 €	160.000 €	5.000 €
313000	Hilfen für Asylbewerber	1.531.960 €	2.922.200 €	1.390.240 €
315510	Übergangswohnheime für Asylbewerber	621.920 €	1.854.920 €	1.233.000 €
351000	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	207.100 €	210.000 €	2.900 €
361010	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/Tagespflege	33.954.500 €	34.898.000 €	943.500 €
363110	Jugendsozialarbeit	909.860 €	927.110 €	17.250 €
363210	Allgemeine Förderung der Erziehung	105.700 €	137.900 €	32.200 €
363220	Partnerschaft, Trennung, Personensorge	1.188.000 €	1.196.700 €	8.700 €
363300	Hilfe zur Erziehung	11.535.900 €	11.578.600 €	42.700 €
363430	Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII	1.893.890 €	2.238.820 €	344.930 €
363600	Netzwerk Kinderschutz	16.000 €	16.100 €	100 €
367500	Erziehungs- und Familienberatungsstellen	440.000 €	480.000 €	40.000 €
547010	Öffentlicher Personennahverkehr	8.339.910 €	8.517.820 €	177.910 €
575010	Tourismus	157.900 €	179.500 €	21.600 €
				6.126.390 €

Produkt	Bezeichnung	2013	2014	Vergleich 2013/2014
111040	Gleichstellung / Integration	80.000 €	60.000 €	-20.000 €
111300	Beteiligungsmanagement	894.700 €	681.820 €	-212.880 €
127010	Rettungsdienst	319.500 €	315.200 €	-4.300 €
311100	Hilfe zum Lebensunterhalt	9.200 €	9.000 €	-200 €
311200	Hilfe zur Pflege	559.200 €	559.000 €	-200 €
311210	Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit	535.700 €	450.000 €	-85.700 €
311240	Pflegegeld für andere Leistungen	14.610 €	10.000 €	-4.610 €
311250	teilstationäre Pflege	14.610 €	10.000 €	-4.610 €
311300	Eingliederungshilfe für behinderte	32.200 €	30.000 €	-2.200 €
311310	Leistungen zur medizinischen	11.680 €	10.000 €	-1.680 €
311500	Hilfe zur Überwindung besonderer	194.260 €	119.000 €	-75.260 €
311600	Behindertenfahrdienste	48.700 €	0 €	-48.700 €
315100	Seniorenbetreuung	20.500 €	20.000 €	-500 €
315500	Unterkunftskosten für Spätaussiedler	59.540 €	14.500 €	-45.040 €
331000	Förderung der Wohlfahrtspflege	415.200 €	410.000 €	-5.200 €
342010	Regionale Arbeitsmarktpolitik	843.430 €	380.580 €	-462.850 €
343000	Betreuungsleistungen	1.750 €	1.300 €	-450 €
362010	Jugendarbeit	747.480 €	728.480 €	-19.000 €
363400	Hilfe für junge Volljährige/	1.158.900 €	1.086.200 €	-72.700 €
363540	Amtspflegeschaften, Amtsvormundschaft	6.000 €	4.000 €	-2.000 €
365010	Tageseinrichtungen für Kinder	113.740 €	103.250 €	-10.490 €
537020	Abfallwirtschaft	35.500 €	0 €	-35.500 €
555010	Agrarförderung / ländliche Entwicklung	40.000 €	35.000 €	-5.000 €
				-1.119.070 €

Die Kostenaufwüchse in den Bereichen Grundsicherung SGB XII – **Produkt 311590** und Leistungen und Unterbringung nach dem AsylbLG – **Produkt 313000 und 315510** begründen sich wie folgt:

Grundsicherung nach dem SGB XII:

Fallzahlentwicklung:

2008	771	Bedarfsgemeinschaften
2009	821	Bedarfsgemeinschaften
2010	905	Bedarfsgemeinschaften
2011	931	Bedarfsgemeinschaften
2012	952	Bedarfsgemeinschaften
2013	1.037	Bedarfsgemeinschaften (teilw. Hochrechnung)

Diese Tendenz wird sich auf Grund der demographischen Entwicklung deutlich verstärken. Hinzu kommt die Anhebung des Eckregelsatzes im Jahr 2014 um 9,- EUR.

Leistungen und Unterbringung nach dem AsylbLG:

2008	193	Asylbewerber
2009	172	Asylbewerber
2010	184	Asylbewerber
2011	197	Asylbewerber
2012	207	Asylbewerber
2013	361	Asylbewerber (teilw. Hochrechnung]

Nach der dem Landkreis bislang bekannten Aufnahmequote müssen im Jahr 2014 mindestens weitere 220 Asylbewerber aufgenommen werden. Die Abgangsquote (Auszüge,

Rückführungen, Abschiebungen) betrug im Jahr 2013 ca. 15 %. Auch hier wurde die Erhöhung der Leistungssätze nach dem AsylbLG mit eingeplant.

Den Kostenaufwachsen in beiden Bereichen stehen eine deutliche Erhöhung der Erträge und zugesicherte Fördermittel gegenüber, so dass derzeit davon auszugehen ist, dass sich die effektive Mehrbelastung des Landkreises lediglich auf die geplanten zusätzlichen Baukosten für das ÜHW in Jüterbog beschränken werden.

Im **Produkt 311360 – Leistungen zur Teilhabe am Leben**, hier die Leistungen gem. § 54 Abs. 1 Satz 1 SGB XII i.V.m. § 55 Abs. 2 SGB IX. Die Anzahl der Neuanträge (60) macht eine Erhöhung gegenüber 2013 (557) notwendig.

Bei der **Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen/ Tagespflege – Produkt 361010** kommt es ebenfalls zu einem erheblichen Mehrbedarf. Gemäß § 16 Abs. 2 KitaG gewährt der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe den Trägern der Kindertagesstätten einen Zuschuss zu den Kosten des notwendigen pädagogischen Personals der Einrichtungen. Zusätzlich wird ein pauschalierter Zuschuss für Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung gewährt. Da ab 01.08.2013 alle Kinder, die das 1. Lebensjahr vollendet haben, einen gesetzlich festgeschriebenen Anspruch auf eine Betreuung im Umfang von bis zu 6 Stunden täglich haben, wird die Zahl der im Landkreis Teltow-Fläming zu betreuenden Kinder steigen. Des Weiteren wurden die zu erwartende Tarifierhöhungen bei kommunalen und freien Trägern in der Planung berücksichtigt. Diese haben eine Änderung der Bemessungsgrößen zur Finanzierung des Zuschusses zu den Kosten des notwendigen pädagogischen Personals der Einrichtungen zur Folge. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere bei den zusätzlich zu betreuenden Kindern ein Teil der Betreuungen in alternativen Angeboten (z. B. Eltern-Kind-Gruppe) erfolgt. Den sich veränderten Betreuungsbedarfen bei berufstätigen Eltern wird mit weiteren alternativen Angebotsformen (z. B. Junior-Club, Spät- und Wochenendbetreuung) Rechnung getragen.

Produkt 363400 – Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII. Hier ergibt sich der Mehrbedarf aufgrund der zurzeit laufenden Fälle (30) und dem monatlichen Kostensatz von durchschnittlich 6000 €

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Planansätze

2012	2013	2014
34.146.740 €	39.700.930 €	41.842.120 €

Im Haushaltsjahr 2012 führte die Inanspruchnahme von gebildeten Rückstellungen i.H.v. ca. 4,4 Mio. € zu einer Verringerung des Aufwands. Grund war u.a. der negative Ausgang eines Klageverfahrens und damit weiteren verbundenen Widerspruchsverfahren betreffend der Jahre vor 2009. Für das Haushaltsjahr 2013 kam es zu Erhöhungen bei den Leistungen für Unterkunft und Heizung; Aufwendungen für Wahlen (Landratswahl/ Volksentscheid); bei der Gefahrenabwehr; den Gutachterkosten und zu Mehraufwendungen bei den Erstattungen der Schulkosten außerhalb des Landkreises.

Im Haushaltsjahr 2014 kommt es zu Mehraufwendungen im:

- Produkt 312000 - Grundsicherung für Arbeitssuchende; Erhöhung um ca. 1,9 Mio. €
- Produkt 243010 - Sonstige schulische Aufgaben; Erhöhung um ca. 170 T€ (Aufwendungen Schulkosten)

Nachfolgend die Aufstellung des Produktes 312000 – Grundsicherung für Arbeitssuchende; mit der Gegenüberstellung der Ansätze 2013/2014; Erträge und Aufwendungen. Die

Erstattung vom Bund erfolgt gem. § 46 V, VI SGB II zu 35,8 % bis 2013 und zu 33 % ab dem Jahr 2014, vorbehaltlich Rechtsverordnung § 46 Abs. VII ,SGB II.

Erläuterung/ Bezeichnung	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Vergleich 2013/2014
Leistungsbeteiligung des Bundes bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	9.200.910 €	9.090.720 €	-110.190 €
Kostenersatz	1.460.000 €	1.247.530 €	-212.470 €
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Leistungen BuT	5.000 €	6.810 €	1.810 €
Leistungen von Sozialleistungsträgern	365.000 €	0 €	-365.000 €
Rückzahlung gewährter Hilfen (Tilgung und Zinsen von Darlehen)	215.000 €	373.490 €	158.490 €
Summe Erträge	11.245.910 €	10.718.550 €	-527.360 €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen an Arbeitsgemeinschaften bei Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende nach §§ 22 und 27 SGB II	25.830.000 €	27.547.650 €	1.717.650 €
Darlehen für Unterkunft und Heizung, Mietkaution, Miet- und Stromschulden	0 €	301.850 €	301.850 €
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen an Arbeitsgemeinschaften bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende (nach § 24 Abs. 3 SGB II)	300.000 €	343.620 €	43.620 €
Aufwendungen Leistungsbeteiligung der Kommune für Bildung und Teilhabe § 28 SGB II	510.000 €	364.400 €	-145.600 €
Summe Aufwendungen	26.640.000 €	28.557.520 €	1.917.520 €
Erträge ./ . Aufwendungen	-15.394.090 €	-17.838.970 €	-2.444.880 €

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Planansätze

2012	2013	2014
1.337.440 €	1.190.000 €	1.176.310 €

Auch mit dem Erwerb des Kreishauses und den daraus resultierenden Zinsaufwendungen liegt eine Verringerung gegenüber den Planwerten des Vorjahres vor. Gründe dafür liegen im Auslaufen von Kreditverpflichtungen, z.B. bei der ILB und in Umschuldungen von bestehenden Kreditverträgen und den damit verbundenen Anpassungen an die zurzeit sehr günstigen Zinssätze.

Außerordentliches Ergebnis 2014 bis 2017

Das außerordentliche Ergebnis stellt Erträge und Aufwendungen dar, die u. a. im Zusammenhang mit Vermögensveräußerungen stehen. Für den Planungszeitraum sind außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen vorgesehen .Es handelt sich um Verkäufe von bebauten und unbebauten Grundstücken **Produkt 111190** - Grundstücksangelegenheiten.

2. Gesamtfinanzenhaushalt

Der Gesamtfinanzenhaushalt weist in 2014

Einzahlungen in Höhe von 239.360.820 €
Auszahlungen in Höhe von 236.637.470 €

aus.

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012 in EUR	Planansatz 2013 in EUR	Planansatz 2014 in EUR
9.	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187.786.270	198.957.430	212.724.080
15.	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	191.749.290	199.188.670	209.007.670
16.	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (= 9 ./ 15)	-3.963.020	-231.240	3.716.410
24.	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.363.800	5.611.820	3.590.600
32.	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.354.800	6.231.820	26.541.740
33.	= Saldo aus Investitionstätigkeit (= 24 ./ 32)	9.000	-620.000	-22.951.140
34.	= Finanzmittelüberschuss/ Fehlbetrag (= 16 ./ 33)	-3.954.020	-851.240	-19.234.730
37.	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	23.046.140
40.	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	555.390	506.230	1.088.060
41.	= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= 37 ./ 40)	-555.390	-506.230	21.958.080
45.	Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (= 34+41+44)	-4.509.410	-1.357.470	2.723.350

Entwicklung des Finanzmittelbedarfes aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit

Vergleich 2013 bis 2014

Bei der Entwicklung des Finanzmittelbedarfes aus laufender Verwaltungstätigkeit ist für 2014 festzustellen, dass die geplanten Einzahlungen über den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit liegen.

Im Haushaltsjahr 2013 enthielten die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit eine Ausleihung an die SWFG mbH in Höhe von 620 T€ Diese diente der Liquiditätssicherung der SWFG mbH und wurde, laut Darlehensvertrag mit dem gültigen Zinssatz des Kassenkredites des Landkreises TF verzinst. Am 12.08.2013 erfolgte die Rückzahlung dieser Ausleihung durch die SWFG mbH. Eine Zinsberechnung hat im Nachgang für den Zeitraum der Ausleihung stattgefunden, diese Forderung wurde ebenfalls bereits beglichen.

Durch den geplanten Erwerb des Kreishauses liegen die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit für 2014 über den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit. Die Auszahlung für den Kauf des Kreishauses beläuft sich auf 23.166.140 € – Finanzierung aus Kommunalkredit 23.046.140 € und Schlüsselzuweisungen 120.000 €

Die verbleibenden geplanten Auszahlungen für Investitionen 3.279.500 € (26.541.740 € - 23.166.140 €) sind durch Einzahlung für Investitionen 3.470.600 € (3.590.600 € - 120.000 €) gedeckt.

Eine Durchführung von Investitionen und Investitionsmaßnahmen durch Inanspruchnahme des Kassenkreditvolumens erfolgt somit nicht.

Bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit kommt es durch den Erwerb des Kreishauses in diesem Jahr zur Kreditaufnahme. Die bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesenen Beträge stellen Tilgungsbeträge der vorhandenen Kreditverpflichtungen dar. Auch diese Auszahlungen erhöhen die Inanspruchnahme des Kassenkreditvolumens im Haushaltsjahr 2014 nicht.

Der Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2014 weist eine Entlastung der Inanspruchnahme des Kassenkreditvolumens um 2.723.350 € aus.

Inanspruchnahme von Kassenkrediten

Zur Gewährleistung der ständigen Zahlungsfähigkeit des Landkreises ist seit Jahren eine Kassenkreditaufnahme notwendig. Um die damit verbunden Zinsaufwendungen zu minimieren, wird eine strenge Liquiditätsplanung erstellt und tagtäglich die Höhe der zu tätigen Auszahlungen überwacht.

In Vorbereitung der Haushaltssatzung 2013 wurde der § 4 zur Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden, der Haushaltssatzung entnommen, da dieser gemäß § 76 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) durch gesonderten Beschluss festgesetzt werden kann.

Die Festsetzung der Höhe des Kassenkredites dient dazu, in Spitzenabrechnungszeiten die Zahlungsfähigkeit des Landkreises gewährleisten zu können. Im gesamten Haushaltsjahr 2012 zeichnete sich monatlich ein enormer Anstieg der Inanspruchnahme des Kassenkredites ab. Die durchschnittliche Inanspruchnahme lag dabei bei 30.800.000 €.

Die Höhe resultiert u.a. aus Nachzahlungen von Personalkosten im Kita-Bereich, den höheren Beträgen bei den Auszahlungen der Schecks an Asylbewerber, dem Zuschuss an die SWFG, den Vorauszahlungen von Sozialhilfeleistungen und den gestiegenen Kosten für die Heimunterbringungen.

Da eine Erhöhung der Landeszuweisungen nicht erfolgt und der Landkreis zur Auszahlung verpflichtet ist, ergab sich die Notwendigkeit zur Erhöhung des Limits für den Kassenkredit, da die zuvor genannten Kosten auch die Haushaltsjahre 2013/2014 belasten werden.

Eine weitere Notwendigkeit der Erhöhung des Kassenkreditvolumens resultiert aus der Tatsache, dass die Landeszuweisungen für den sozialen Bereich vorab lediglich als Abschlag im Vergleich zum Vorjahr ausgezahlt werden und erst zum Ende des Haushaltsjahres die endgültigen Bescheide mit den Verrechnungsbeträgen erlassen werden.

Dieser Sachverhalt trifft auch für förderfähige investive Maßnahmen zu. Hier ist der Landkreis verpflichtet in Vorleistung zu gehen und erst im Nachgang können dann entsprechend den Abrechnungsunterlagen die Fördermittel abgerufen werden.

Auf Grund der zuvor angeführten Tatsachen und der daraus resultierenden gestiegenen Inanspruchnahme des Kassenkredites wurde das bisherige Limit von 37.000.000 € auf 43.000.000 € erhöht. Beschluss (4-1428/13-I) am 25.02.2013 durch den Kreistag.

Im Haushaltsjahr 2013 lag die durchschnittliche Inanspruchnahme bei rund 30 Mio. € und die monatliche Höchstinanspruchnahme bei bis zu 42 Mio. €. Durch den geplanten Überschuss im Finanzhaushalt 2014 in Höhe von 2,72 Mio. € verbleibt der Kassenkredit höchstbetrag vorerst bei 43 Mio. €.

Aufgrund der Nichteinbringung des Haushaltsplanes 2013 und der damit verbundenen durchgängig geltenden vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2013 wurden die geplanten Investitionen nur zum Teil durchgeführt. Die erhaltenen nicht verwendeten investiven Schlüsselzuweisungen führten somit nur in Ausnahmefällen zu einer Auszahlung in 2013 und verringerten somit in Summe die Inanspruchnahme des Kassenkreditvolumens.

Finanzierungsbedarf für die Inanspruchnahme von Rückstellungen und Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum

Zu den Inanspruchnahmen von Rückstellungen kann gesagt werden, dass die Inanspruchnahmen (da negative Aufwandsbuchungen) die Ergebnisplanung positiv beeinflussen. Der Finanzierungsbedarf hinsichtlich des Vergleichs zwischen Ergebnis- und Finanzplanung stellt sich somit als dessen Differenz dar. Im Haushaltsjahr 2014 sind Inanspruchnahmen von Rückstellungen geplant in den Bereichen:

Personalaufwendungen

Hier betrifft es die Altersteilzeitverträge, die sich in der sog. Ruhephase befinden oder sich im Laufe des Jahres 2014 in die Ruhephase begeben.

Öffentlicher Personennahverkehr

Das Land Brandenburg stellt jährlich 200.000 € per Zuwendungsbescheid zur Verfügung. Diese Mittel werden als Zuschuss an Gemeinden/Ämter/Städte des Landkreises weitergeleitet um im Bereich Personennahverkehr investiv tätig zu werden. Nicht ausgeschöpfte Mittel werden den Rückstellungen zugeführt und nach Bedarf wieder entnommen. Für das Haushaltsjahr 2014 beläuft sich dieser Wert auf 385.000 €.

Schülerbeförderung

Bei den Schulkostenbeiträgen erfolgt die Rechnungslegung der angrenzenden Landkreise für das laufende Jahr an den Landkreis per Abschlag. Die Endabrechnung erfolgt generell um ein Jahr zeitversetzt. Im Zuge der Umstellung auf die Doppik wurde festgelegt, dass für Vorvorjahre sodann eine Rückstellung gebildet werden muss um eine periodengerechte Darstellung der Aufwendungen gewährleisten zu können.

Ist mit der Abrechnung von Vorvorjahren im Planjahr zu rechnen, erfolgt die Planung der Inanspruchnahme. Für das Jahr 2014 wird mit einer Inanspruchnahme von 206.100 € gerechnet.

Die Werte gehen aus der Rückstellungsübersicht unter dem Punkt Inanspruchnahme Rückstellungen hervor.

Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2014

Für das Haushaltjahr 2013 lag kein beschlossener und auch kein genehmigter Haushalt vor. Der Landkreis Teltow-Fläming befand sich im Kalenderjahr 2013 somit ganzjährig in der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 69 Bbg KVerf, in der sog. haushaltslosen Zeit. Dieser Umstand setzt strenge Maßstäbe an die Haushaltsdurchführung hinsichtlich der laufenden Verwaltungstätigkeit aber auch an die Investitionstätigkeit. Die Grundlage der Verwaltungstätigkeit ergibt sich somit aus dem aufgestellten Entwurf des Haushaltsplans für den Doppelhaushalt 2013/2014.

Es kam bei der in 2013 erhaltenen investiven Schlüsselzuweisung in Höhe von 4.222.600 € somit nur in vorab geprüften Ausnahmefällen unter Berücksichtigung des § 69 BbgKVerf zur Auszahlung für Investitionen.

Dem Umstand geschuldet, dass bei einem nicht genehmigten Haushalt auch keine Ermächtigung gem. § 24 KomHKV zur Planfortschreibung besteht bzw. nur in Ausnahmefällen erfolgen kann, wird die sodann nicht verwendete investive Schlüsselzuweisung des Jahres 2013 der Sonderrücklage zugeführt und zu einem späteren Zeitpunkt ggf. zur Mitfinanzierung der B101 herangezogen.

Kommt es zur Inanspruchnahme der Sonderrücklage, erfolgt die Belastung des Kassenkreditvolumens.

Übersicht über die geplanten Investitionstätigkeiten 2014

In diesem Haushaltsjahr wird laut Mitteilung des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg aufgrund von noch nicht vollziehbarem Baurecht nicht in Größenordnungen an der B101 gebaut, so dass für den Landkreis kein Mitfinanzierungsanteil fällig wird.

Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Investive Schlüsselzuweisung	2.692.600
Amt 20	611010	Allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	2.681.990
		Fördermittel	665.750
Amt 61	511010	Kreisentwicklung u.a. für: <i>Radweg Thyrow-Siethen</i>	73.500
Amt 62	511020	Katasterangelegenheiten u.a. für: <i>Liegenschaftskatasterinformationssystem</i>	72.000
	542010	Kreisstraßen u.a. für: <i>Radweg K 7239 Diedersdorf-Birkholz</i>	58.000
	542010	Kreisstraßen u.a. für: <i>Straßendeckensanierung KS 7252 Horstwalde-Baruth</i>	450.000
Amt 83	555010	Agrarförderung/ländliche Entwicklung u.a. für: <i>Outdoor-Laptop für Feldblockvermessung, BGA Anschaffung Drucker</i>	12.250
		Investitionszuschuss	12.250
Amt 61	511010	Kreisentwicklung u.a. für: <i>Radweg Thyrow-Siethen Radweg Mückendorf-Zesch am See</i>	12.250
		Veräußerung Sachanlagevermögen	220.000
Amt 10	111070	Zentrale Dienstleistungen	5.000
Amt 65	111190	Veräußerung Grundstücke <i>Großbeeren, Bahnhofstr. Jüterbog (Parkplatz), Osdorf</i>	215.000
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit			3.590.600

Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Erwerb von Grundstücken	
Amt 10	111070	Erwerb Kreishaus	23.166.140
Amt 61	511010	Kreisentwicklung	7.100
Amt 65	111190	Grundstücksangelegenheiten u.a. für: Rückständiger Grundstückserwerb Grundstückserwerb K 7225 Radeland-Dornswalde Entschädigung Bodenneuordnungsverfahren Grundstückserwerb Lagerhalle KSM Grundstückserwerb Fläming Skate	89.000
			23.262.240

Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Erwerb von immateriellen Vermögenswerten	
Amt 10	111080	Elektronische Datenverarbeitung	68.500
Amt 20	111120	Personalangelegenheiten	11.000
Amt 32	122040	Ausländerangelegenheiten und Asylverfahren	2.000
	122050	Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsverfahren	6.200
Amt 36	122070	Fahrerlaubnis- und Fahrschulwesen	27.300
	122080	Kraftfahrzeugzulassung	12.000
	122100	Verkehrssicherheit/-lenkung	26.500
	122110	Verkehrsordnungswidrigkeiten	29.610
Amt 39	122130	Lebensmittelüberwachung	1.000
Amt 40	21701.	Gymnasien u.a. für: Erwerb von Lizenzen - Umstellung auf Windows 7 Gymnasium Rangsdorf/ Ludwigsfelde/ Luckenwalde/ Jüterbog	17.990
	22101.	Förderschulen Erwerb von Lizenzen - Umstellung auf Windows 7 FS "Lernen" Mahlow/ Ludwigsfelde/ Luckenwalde/ Jüterbog FS "geistige Entwicklung" Groß Schulzendorf/Jüterbog	6.840
	231010	Oberstufenzentrum Luckenwalde	24.610
	263010	Kreismusikschule	500
	271010	Volkshochschule	3.000
	523010	Denkmalschutz und -förderung	7.100
	363070	Elterngeld	190
Amt 62	511020	Katasterangelegenheiten	3.500
Amt 63	521010	Bauordnungsverfahren	41.580
Amt 67	552010	Gewässerschutz	10.000
	555010	Agrarförderung/ländliche Entwicklung	300
			299.720

Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Erwerb Sachanlagevermögen	
LR	111010	Steuerung der Verwaltung und Vertretung des LK	5.000
Amt 10	111070	Zentrale Dienstleistungen u.a. für: Beschaffung PKW Ersatzbeschaffung Möbel Regalanlagen Archiv Montage Regenleisten u. Metallschienen an Fenster, Erneuerung Fenstersteuerung Sitzungssaal	108.000
	111080	Elektronische Datenverarbeitung u.a. für: zyklische Erneuerung der IT-Systeme Infrastruktur	115.000

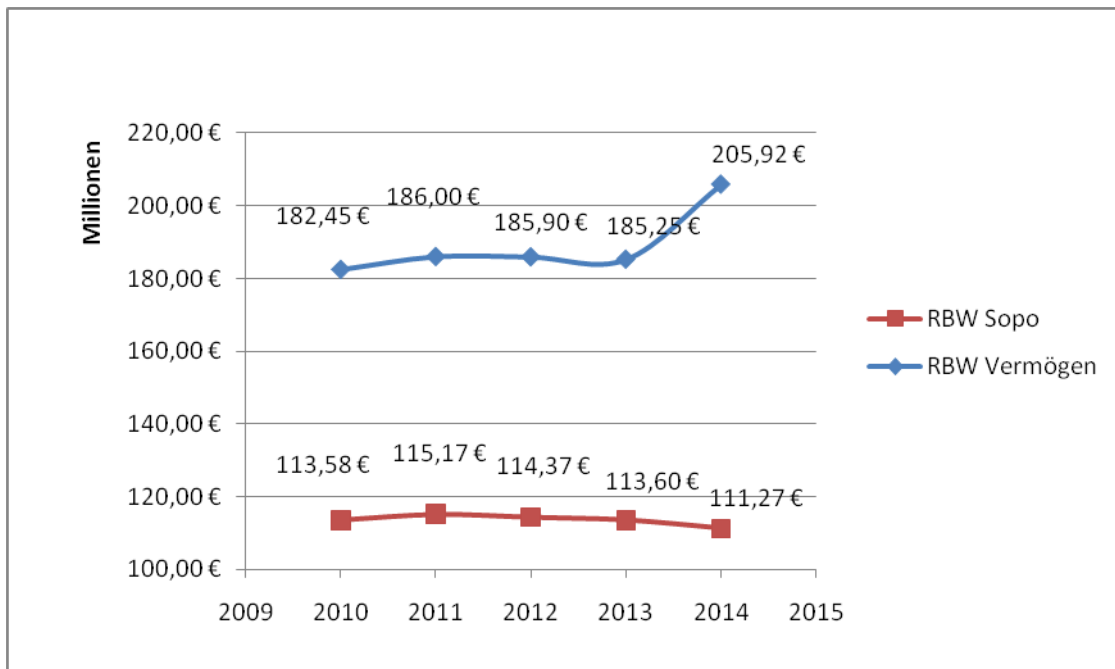
Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Erwerb Sachanlagevermögen	
Amt 32	126010	Servererneuerung Druckererneuerung Cisco Router, Tape, Library, Netapp Brandschutz u.a. für: Abgasabsauganlage, Abstürzsatz Wärmebildkamera Schutzkleidung Tragkraftspritze TS 8 Schaumbildner	98.000
	128010	Katastrophenschutz u.a. für: Ausbau Alarmierungsnetz (DAU) Dekon-Anhänger Wasserbehälter (Waldbrand)	327.150
Amt 36	122080	Kraftfahrzeugzulassung u.a. für: Kassenautomat	60.000
	122110	Verkehrsordnungswidrigkeiten u.a. für: M5 Kamera Umrüstung PKW Renault von Nassfilm auf Digitaltechnik	112.270
Amt 39	122120	Veterinärwesen	2.120
	122130	Lebensmittelüberwachung	2.400
Amt 40	21701.	Gymnasien u.a. für: Ersatzbeschaffung für PC Gymnasium Rangsdorf, Gymnasium Ludwigsfelde, Gymnasium Luckenwalde, Gymnasium Jüterbog	48.800
	22101.	Förderschulen u.a. für: Ersatzbeschaffung für PC FS "Lernen" Mahlow/ Ludwigsfelde/ Luckenwalde/ Jüterbog FS "geistige Entwicklung" Groß Schulzendorf/Jüterbog	28.700
Amt 40	231010	Oberstufenzentrum Luckenwalde u.a. für: Ersatzbeschaffung PC, Server, Rasentraktor	114.400
	243020	Schullandheim "Haus am See"	3.900
	252010	Kunst und Geschichtswahrung	4.000
	263010	Kreismusikschule	5.000
	271010	Volkshochschule	7.500
Amt 61	511050	Flughafenbelange	1.200
Amt 62	511020	Katasterangelegenheiten	37.500
Amt 63	521010	Bauordnungsverfahren	12.420
Amt 83	555010	Agrarförderung/ländliche Entwicklung	10.000
Amt 800	575010	Tourismus	10.610
			1.113.970

Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Erwerb von GWG	
LR	111010	Steuerung der Verwaltung und Vertretung des Landkreises	7.000
	111070	Zentrale Dienstleistungen	30.000
Amt 20	111100	Kasse und Vollstreckung	8.030
Amt 32	126010	Brandschutz	21.300
		<i>u.a. für:</i>	
		<i>Gerätesatzabsturzsicherung</i>	
		<i>Rettungswanne/Schleifkorbtrage</i>	
		<i>Videokamera mit Stativ</i>	
		<i>Handfunksprechgeräte (digital)</i>	
	128010	Katastrophenschutz	13.300
Amt 39	122120	Veterinärwesen	470
	122130	Lebensmittelüberwachung	1.000
	414020	Schlacht tier- und Fleischuntersuchung	1.000
Amt 40	21701.	Gymnasien	69.500
		<i>u.a. für:</i>	
		<i>Ersatz/Neubeschaffung Schulmobiliar/Unterrichtsmittel</i>	
		<i>Gymnasium Rangsdorf/ Ludwigsfelde/ Luckenwalde/ Jüterbog</i>	
	22101.	Förderschulen	65.000
		<i>u.a. für:</i>	
		<i>Ersatz/Neubeschaffung Schulmobiliar/Unterrichtsmittel</i>	
		<i>FS "Lernen" Mahlow/ Ludwigsfelde/ Luckenwalde/ Jüterbog</i>	
		<i>FS "geistige Entwicklung" Groß Schulzendorf/Jüterbog</i>	
	231010	Oberstufenzentrum Luckenwalde	26.000
	243010	Sonstige schulische Aufgaben	6.000
	243020	Schullandheim "Haus am See"	7.000
	252010	Kunst und Geschichtswahrung	6.680
	263010	Kreismusikschule	10.000
	271010	Volkshochschule	2.000
	272010	Kreismedienzentrum	5.000
	367020	Wohnheim für Auszubildene	5.000
	523010	Denkmalschutz und -förderung	200
Amt 51	315510	Übergangswohnheim f. Aussiedler und Asylbewerber	10.000
	341010	Unterhaltsvorschussleistungen	1.000
	361010	Förderung v. Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege	500
	363070	Elterngeld	500
	363110	Jugendsozialarbeit	300
	363220	Partnerschaft, Trennung, Personensorge	500
Amt 51	363400	Hilfe für junge Volljährige/Inobhutnahme	300
	363530	Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz	500
	365010	Tageseinrichtungen für Kinder	500
Amt 61	511010	Kreisentwicklung	500
	511050	Flughafenbelange	400
Amt 62	511020	Katasterangelegenheiten	31.000
Amt 65	542010	Kreisstraßen	400
	542030	Kreisstraßenmeisterei	33.000
Amt 67	554010	Naturschutz	300
Amt 83	555010	Agrarförderung/ländliche Entwicklung	1.200
	555020	Agraraufsicht/Grundstücksverkehr	1.500
			366.880

Amt	Produkt	Erläuterung	Planansatz
		Baumaßnahmen	
Amt 32	126010	Brandschutz u.a. für: <i>Halle für Wechsellader</i>	181.500
Amt 40	21701.	Gymnasien u.a. für: <i>Gymnasium Rangsdorf (ELA-Anlage, Notlichtanlage)</i> <i>Gymnasium Ludwigsfelde (Treppenhaus, Außenaufzug)</i> <i>Gymnasium Luckenwalde (Notlichtanlage)</i> <i>Gymnasium Jüterbog (Heizhaus/Heizungsanlage)</i>	267.500
Amt 40	22101.	Förderschulen u.a. für: <i>FS "Lernen" Ludwigsfelde (Notlichtanlage, Beleuchtung)</i> <i>FS "Lernen" Jüterbog (Brandabschottung Treppenhaus)</i> <i>FS "geistige Entwicklung" Gr. Schulzendorf (Blitzschutzanlage)</i> <i>FS "geistige Entwicklung" Jüterbog (Notlichtanlage)</i>	78.500
	231010	Oberstufenzentrum u.a. für: <i>OSZ Luckenwalde (Notlichtanlage-Turnhalle-, Lüftungsanlage)</i> <i>OSZ Ludwigsfelde (RWA im Aufzugsschacht, Sanitärräume, Wasserenthärtungsanlage)</i>	80.000
	243020	Schullandheim "Haus am See"	40.000
Amt 61	511010	Kreisentwicklung u.a. für: <i>Ausweisung Rad- und Wanderwege</i> <i>RWK Mückendorf Zesch am See</i> <i>Radweg Berlin-Leipzig</i> <i>RWK B 96 Zesch am See</i> <i>Radweg Thyrow-Siethen</i> <i>RSW Luckenwalde am Wasserwerk</i>	238.430
Amt 65	542010	Kreisstraßen u.a. für: <i>Radweg Dietersdorf-Birkholz K 7239</i> <i>Straßendeckensanierung KS 7252 Horstwalde-Baruth</i>	590.000
			1.475.930
		Zuweisungen für Investitionen an Land	
Amt 61	511010	Kreisentwicklung u.a. für: <i>Beteiligung Planungskosten des LK TF an Bau</i> <i>straßenbegleitenden Radweg Schönhagen/Stangenhagen</i>	23.000
			23.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit			26.541.740
Saldo			-22.951.140

Vermögensentwicklungsanalyse 2011 bis 2014

Das Vermögen des Landkreises entwickelte sich wie folgt:



RBW Vermögen – Restbuchwert des Vermögens; RBW Sopo – Restbuchwert Sonderposten

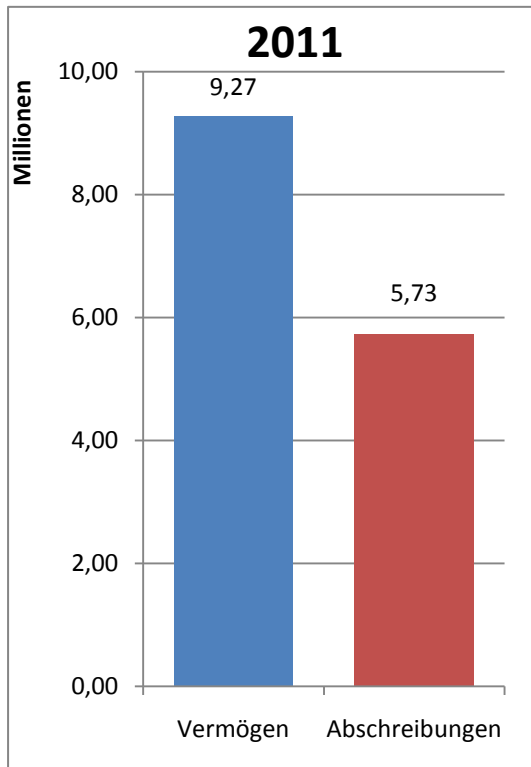
Das hier dargestellte Vermögen beinhaltet das immaterielle Vermögen, das Sachanlagevermögen, die Vorräte und die abschreibungspflichtigen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

In den nachfolgenden Diagrammen wird das Vermögen (hier der Zuwachs im jeweiligen Haushaltsjahr) den Abschreibungen aus dem Gesamtvermögen gegenübergestellt. Parallel dazu der Zuwachs an Sonderposten in dem entsprechenden Haushaltsjahr den entstehenden Erträgen aus der Auflösung der Gesamtsonderposten.

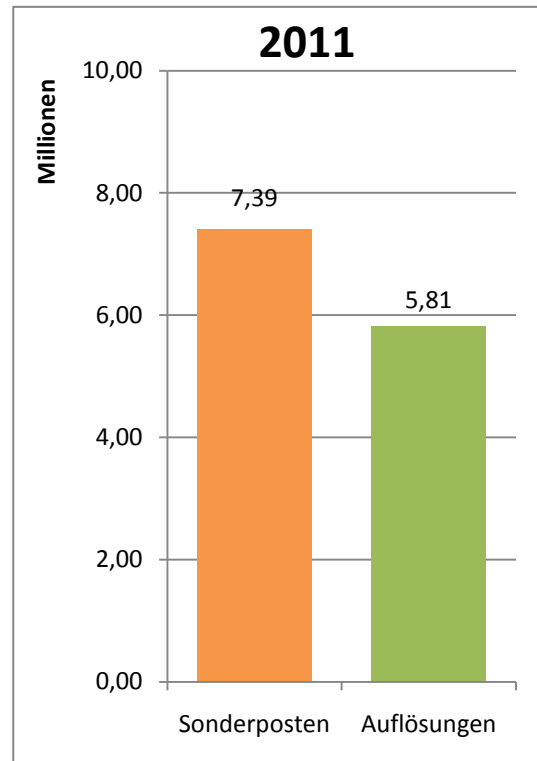
In den einzelnen Jahren stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar.

RBW zum 31.12.2010

182.448.070 € Vermögen

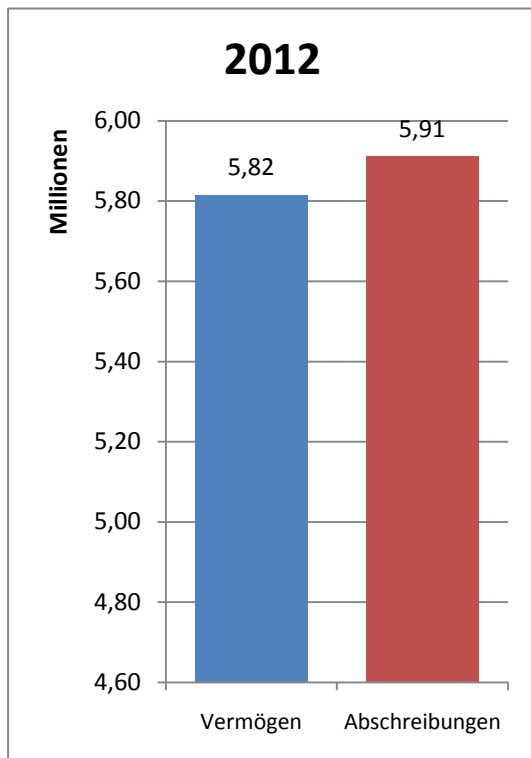


113.583.060 € Sonderposten

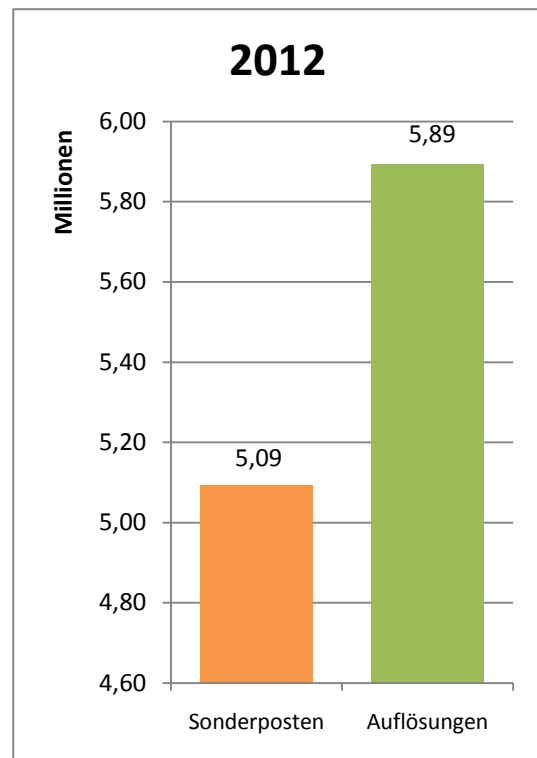


Somit ergeben sich zum 31.12.2011 folgende RBW:

185.996.800,00 € Vermögen

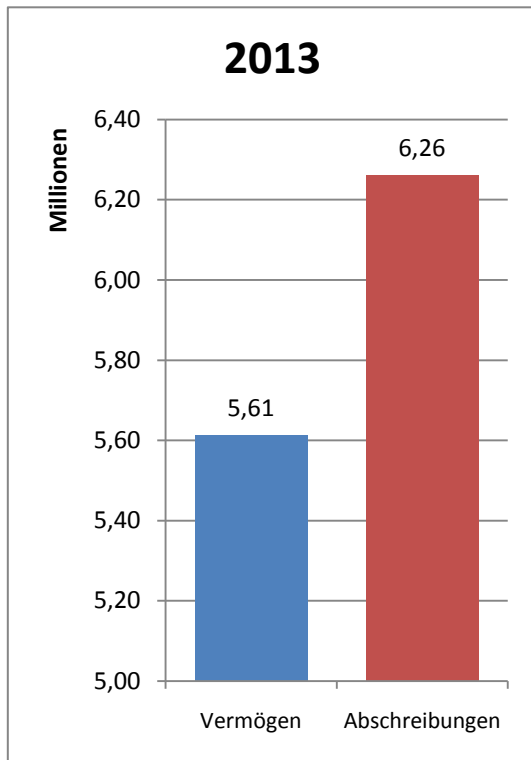


115.166.210,00 € Sonderposten

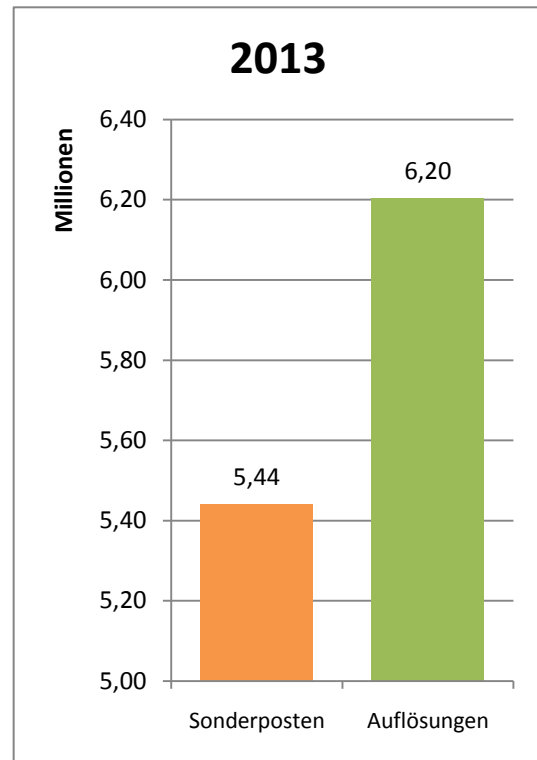


Es ergeben sich zum 31.12.2012 folgende RBW:

185.900.600,00 € Vermögen

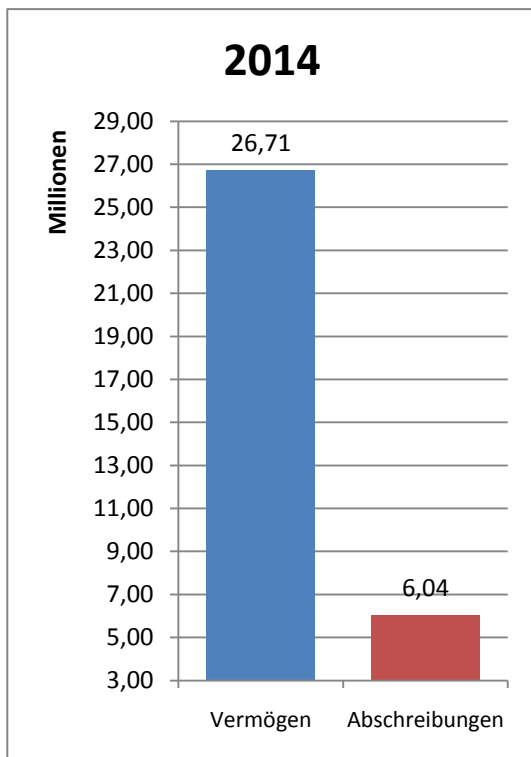


114.365.280,00 € Sonderposten

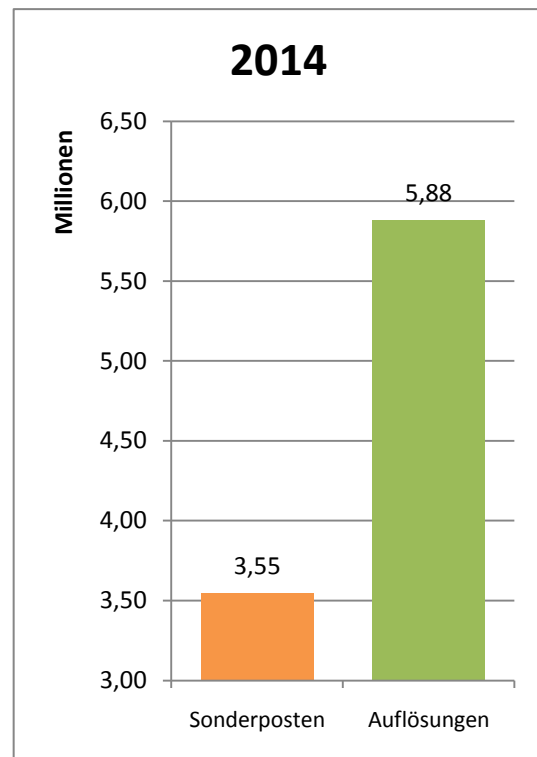


Es ergeben sich zum 31.12.2013 folgende RBW:

185.250.680,00 € Vermögen



113.602.850,00 € Sonderposten



Es werden zum 31.12.14 folgende RBW geplant:

205.920.211,00 €

111.268.500,00 €

3. Bürgschaften des Landkreises Teltow-Fläming

Bürgschaften können den Schuldenstand des Landkreises mittelbar beeinflussen, falls er als Bürge in Anspruch genommen wird. Diese Zahlungsverpflichtungen könnten bei angespannter Finanzlage des Landkreises nur durch die Aufnahme eines Kredites erfüllt werden.

Bürgschaften SWFG

Kreditgeber	Kreditvertrag vom	Kreditvolumen/ Höhe der ausgereichten Ausfallbürgschaft (Mitte 2006)	Restschuld per 31.12.13	Restschuld per 31.12.14
MBS (8391856012)	26.07.2006	13.000,00 T€	12.048,97 T€	11.875,19 T€
DKB (6041099)	14.02.2002	4.279,83 T€	1.010,04 T€	- €
DKB (6408405)	17.08.1998	417,38 T€	- €	- €
DKB (6411490)	08.04.1999	1.636,13 T€	1.336,65 T€	1.281,84 T€
DKB (6040240)	18.12.2001	1.450,92 T€	- €	- €
ILB (160008350)	30.01.2002	734,42 T€	- €	- €
VR-Bank (1101411370)	04.01.1999	492,07 T€	- €	- €
VR-Bank (1101411372)	16.08.2005	1.117,67 T€	- €	- €
VR-Bank (1101411385)	13.02.2003	564,20 T€	- €	- €
MBS (8320021074)	28.11.2001	1.011,99 T€	- €	- €
MBS (8391279015)	04.08.2005	1.091,71 T€	900,05 T€	885,68 T€
Gesamt			15.295,71 T€	14.042,71 T€

Bürgschaften FGS

Kreditgeber	Kreditvertrag vom	Kreditvolumen	Restschuld per 31.12.13	Restschuld per 31.12.14
DKB (6411870)	07.05.1999	1.048,15 T€	279,32 T€	223,72 T€
DKB (6040182)	14.12.2001	884,02 T€	451,03 T€	402,36 T€
DKB (6404440)	04.07.2005	616,09 T€	288,05 T€	256,04 T€
DKB (6449748)	04.07.2005	1.509,42 T€	905,65 T€	830,18 T€
DKB (6449755)	04.07.2005	883,67 T€	530,20 T€	486,02 T€
Gesamt			2.454,25 T€	2.198,32 T€

Bürgschaften Rettungsdienst Eigenbetrieb

Kreditgeber	Kreditvertrag vom	Kreditvolumen	Restschuld per 31.12.13	Restschuld per 31.12.14
WL-Bank	13.12.2006	600,00 T€	503,86 T€	487,86 T€
DKB	20.12.2010	450,00 T€	421,48 T€	411,24 T€
Gesamt			925,35 T€	899,10 T€

4. Kreditähnliche Rechtsgeschäfte - Erwerb Kreishaus

Zu den kreditähnlichen Rechtsgeschäften gehört der Leasingvertrag Kreishaus. Der Kreistag Teltow-Fläming hat in seiner Sitzung am 9. Dezember 2013 beschlossen, den Erwerb des Kreishauses des Landkreises Teltow-Fläming entsprechend der im Immobilien-Leasing-Vertrag getroffenen Regelungen zu favorisieren. Die Landrätin des Landkreises Teltow-Fläming wurde beauftragt alle dafür notwendigen Veranlassungen zu treffen.

Der Landkreis Teltow-Fläming ist Eigentümer der im Grundbuch von Luckenwalde auf Blatt 9015 eingetragenen Grundstücke. Diese Grundstücke, bebaut mit Verwaltungsgebäuden (Kreishaus) und einem Parkhaus, sind mit einem Gesamterbbaurecht zugunsten der RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG (Sitz: Stuttgart HRB 19421) belastet. Dieses Erbbaurecht nebst den darauf befindlichen Baulichkeiten und Anlagen hat die vorgenannte KG dem Landkreis Teltow-Fläming auf der Grundlage eines Immobilien-Leasing-Vertrages vom 19.03.1998 zur Nutzung überlassen.

Der Landkreis als Leasingnehmer hat nach Ablauf der ersten Mietperiode gemäß Leasingvertrag erstmals das Recht und die Möglichkeit, das Leasingobjekt Kreishaus zum vertraglich vereinbarten Restwert von 23.046.133 € zu erwerben. Die Alternative zum Ankauf wäre die Fortführung des Leasingvertrages bis zu dessen Ablauf (22 Jahre) mit der Option, den Erwerb zum dann noch vorhandenen Restwert von 4.750.138 € vorzunehmen.

Um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können, wurde die VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH, die bereits vor Abschluss des Immobilienleasingvertrages mit einer Vergleichsrechnung beauftragt war, mit einer Wirtschaftlichkeitsanalyse zur Ausübung der Kaufoption gemäß Immobilien-Leasing-Vertrag für das Kreishaus des Landkreises Teltow-Fläming befasst.

Im Rahmen dieser Wirtschaftlichkeitsanalyse wurde sowohl die Fortsetzung des Immobilien-Leasing-Vertrages über weitere 7 Jahre bis zum Ende der Vertragslaufzeit 2021 mit einem noch verbleibenden Restwert von 4.750.138 € als auch der Erwerb des Leasingobjektes im Jahr 2014 durch Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 23.046.133 € und einer Laufzeit des Darlehens von 10 Jahren bei vollständiger Ablösung untersucht.

Bezüglich der zu bevorzugenden Finanzierungsvariante wurde neben den schon vorliegenden Ergebnissen aus der Wirtschaftlichkeitsanalyse der VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH ein weiterer Variantenvergleich durchgeführt. Hierbei ist neben der Weiterführung des Leasingvertrages die Ausübung der Kaufoption unter Berücksichtigung der Kombination eines Kommunalkredites mit einem Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus dem Programm IKK – Investitionskredit Kommunen – mit einer Laufzeit von 10 bzw. 20 Jahren untersucht worden.

Die Möglichkeit der Verlängerung der Laufzeit des Kredites auf 20 Jahre wurde vor allem vor dem Hintergrund der nicht vorhandenen eigenen Liquidität des Landkreises betrachtet. Der Höchstbetrag der Kassenkredite ist per Beschluss (4-1428/13-I) vom 25.02.2013 auf 43.000.000 € festgesetzt worden. Im Haushaltsjahr 2013 lag die durchschnittliche Inanspruchnahme bei rund 30 Mio. € und die monatliche Höchstinanspruchnahme bei bis zu 42 Mio. €.

Eine Verlängerung der Kreditlaufzeit wirkt sich mittelfristig erheblich entlastend auf den Finanzhaushalt und damit auf den Kassenkreditbedarf aus. Über die Gesamtlaufzeit betrachtet erhöhen sich zwar die Aufwendungen und Auszahlungen für Zinsen, dennoch wurde seitens der Verwaltung eine Finanzierung über 20 Jahre empfohlen, da insbesondere die jährliche finanzielle Belastung gegenüber der 10-jährigen Variante deutlich geringer

ausfiel und damit die angespannte Liquiditätslage des Landkreises hätte stabilisiert werden können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss war in seiner Sitzung am 13.01.2014 dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat dem Kreistag den Erwerb des Leasingobjektes und eine Kreditaufnahme mit einer Laufzeit von 20 Jahren empfohlen.

Parallel zu den beauftragten und im eigenen Hause durchgeführten Untersuchungen hatte sich die Verwaltung seit November 2013 um einen Gesprächstermin beim Ministerium des Innern als oberste Kommunalaufsichtsbehörde bemüht, um einerseits die Aufsichtsbehörde frühzeitig von dem beabsichtigten Vorhaben in Kenntnis zu setzen und andererseits die Genehmigungsfähigkeit der beabsichtigten Kreditaufnahme zu klären. Bedauerlicherweise konnte das Innenministerium erst für den 23.01.2014, also nach der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Terminvorschlag unterbreiten.

Seitens des Innenministeriums wurden detaillierte Hinweise zum Haushaltssicherungskonzept und zur Genehmigungsfähigkeit einer etwaigen Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung gegeben.

Bezüglich des beabsichtigten Erwerbs des Kreishauses wurde um die Vorlage eines ergebnisoffenen Nachweises der Wirtschaftlichkeit der Investitionsmaßnahme zum Zeitpunkt 2014 oder 2021 unter Berücksichtigung der Transaktionskosten, einer ggf. zu zahlenden Grunderwerbssteuer und der Finanzierungskosten in Abhängigkeit von der gewählten Finanzierungsvariante gebeten. Desweiteren wurde deutlich, dass eine Verbesserung der äußerst angespannten Liquiditätslage des Landkreises zwar nicht unberücksichtigt bleiben sollte, jedoch nur sekundär betrachtet wird. Entscheidend für den Vergleich der Wirtschaftlichkeit sind die Barwerte der Zahlungsströme der jeweiligen Varianten. Durch die Ermittlung des Barwertes werden Zahlungen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten entstehen, vergleichbar gemacht.

Aus diesem Grund wurde die Wirtschaftlichkeitsanalyse durch die VBD mit Datum vom 06.02.2014 erweitert und aktualisiert. Entsprechend den Hinweisen des Innenministeriums erfolgten Vergleiche der Zahlungsströme über 7, 10, 15 und 20 Jahre unter Berücksichtigung einer möglicherweise zu zahlenden Grunderwerbssteuer in Höhe von 1.152.307 € bei Erwerb im Jahr 2014 und ohne diese. Desweiteren wurden Transaktionskosten in Höhe von 120.000 € in die Berechnungen einbezogen.

Selbst unter Berücksichtigung einer ggf. zu zahlenden Grunderwerbssteuer wären zwei von fünf untersuchten Alternativen wirtschaftlicher als die Fortsetzung des Immobilien-Leasing-Vertrages. Allerdings erhöht sich die Vorteilhaftigkeit eines Ankaufs des Erbbaurechts nach der 1. Mietperiode deutlich, wenn keine Grunderwerbssteuerbelastung für den Landkreis entsteht.

Bei dem durch den Landkreis im Jahr 1998 abgeschlossenen Vertragsmodell handelt es sich um ein typisches ÖPP-Projekt (öffentlich-private Partnerschaft). Für derartige Projekte könnte die Ausnahmeregelung des § 4 Nr. 5 des Grunderwerbssteuergesetzes einschlägig sein. Danach ist der Erwerb eines Grundstücks von einer juristischen Person des öffentlichen Rechts sowie der Rückwerb des Grundstücks durch die juristische Person des öffentlichen Rechts, wenn das Grundstück im Rahmen einer ÖPP für einen öffentlichen Dienst oder Gebrauch im Sinne des § 3 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes benutzt wird und zwischen dem Erwerber und der juristischen Person des öffentlichen Rechts die Rückübertragung des Grundstücks am Ende des Vertragszeitraumes vereinbart worden ist, von der Besteuerung ausgenommen.

Die geltende Rechtslage wurde dem Finanzamt Calau mit Bitte um Prüfung übermittelt. Nach ersten Informationen kann unserer Argumentation gefolgt werden.

Vor diesem Hintergrund wurden die unter Berücksichtigung einer zu zahlenden Grunderwerbssteuer untersuchten Alternativen nicht weiter verfolgt.

Die VBD empfahl als Kompromiss zwischen Wirtschaftlichkeit und möglichst geringer jährlicher Belastung eine Finanzierung über mindestens 10 Jahre bzw. maximal 15 Jahre. Dem folgend wurde in der Haushaltsplanung und im Haushaltssicherungskonzept eine Darlehensaufnahme in Höhe von 23.046.133 € ab September 2014 und deren vollständige Rückzahlung innerhalb von 10 Jahren bei den entsprechenden Aufwandspositionen bzw. den Einzahlungen und Auszahlungen berücksichtigt.

Bis zum Haushaltsjahr 2017 kann dadurch ein Konsolidierungsbeitrag von insgesamt 8.358.502 € und eine finanzielle Entlastung von 2.413.731 € gegenüber dem Bezugsjahr 2013 erreicht werden.

		Finanzielle Auswirkungen auf Planjahr					
		2013	2014	2015	2016	2017	Gesamt
Auswirkungen im Ergebnishaushalt							
Beibehaltung Leasingvertrag, Zahlen von VBD	Leasingrate	3.324.040	3.213.356	3.083.902	3.086.202	3.083.902	
Minderaufwendungen			-110.684	-240.138	-237.838	-240.138	-828.798
Kommunalkredit 10 Jahre, Zahlen von VBD	Leasingrate	3.324.040	2.491.920	0	0	0	
	Zinsen	0	124.193	421.583	380.167	337.942	
	AfA	0	118.185	354.556	354.556	354.556	
Minderaufwendungen			-589.742	-2.547.901	-2.589.317	-2.631.542	-8.358.502
Auswirkungen im Finanzaushalt							
Beibehaltung Leasingvertrag, Zahlen von VBD	Leasingrate	3.324.040	3.213.356	3.083.902	3.086.202	3.083.902	
Minderauszahlungen			-110.684	-240.138	-237.838	-240.138	-828.798
Kommunalkredit 10 Jahre, Zahlen von VBD	Leasingrate	3.324.040	2.491.920	0	0	0	
	Zinsen	0	124.193	421.583	380.167	337.942	
	Tilgung	0	523.464	2.119.367	2.160.784	2.203.009	
	Transaktion	0	120.000				
Minderauszahlungen			-64.463	-783.090	-783.089	-783.089	-2.413.731

5. Übersicht Schuldenstand/ Tilgung der Kreditverpflichtungen

Bezeichnung des Kredites, Kontonummer	Schuldenstand 31.12.2011 lt. Kontoauszug - € -	Schuldenstand 31.12.2012 lt. Kontoauszug - € -	Tilgungen 2013 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2013 gerundet - € -	Tilgungen 2014 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2014 gerundet - € -	Ende der Zinsbindung
VR-Bank B 101 Kto: 1105740870	3.769.355,81 €	3.718.557,45 €	52.430 €	3.666.127 €	54.100 €	3.612.027 €	30.07.2015
DKB Ausbau B101 Kto: 6706446793	1.860.728,87 €	1.833.394,89 €	28.430 €	1.804.965 €	29.560 €	1.775.405 €	31.12.2014
DKB Ausbau B101 Kto: 6706740033	4.228.892,42 €	4.172.595,95 €	58.510 €	4.114.086 €	60.810 €	4.053.276 €	30.10.2016
WL-Bank SWFG Kto: 103303100	1.584.861,10 €	1.563.288,19 €	22.500 €	1.540.788 €	23.450 €	1.517.338 €	30.06.2016
Bayern LB/MBS SWFG Kto: 46/1113134-08	5.331.692,79 €	5.248.607,76 €	86.080 €	5.162.528 €	207.670 €	4.954.858 €	30.05.2023
Bayern LB/MBS Luba/Schönhagen Kto: 56/1113134-08	1.095.591,52 €	1.078.518,65 €	18.480 €	1.060.039 €	42.680 €	1.017.359 €	30.05.2023
WL-Bank SWFG Kto: 103303102	1.582.952,85 €	1.530.952,85 €	52.000 €	1.478.953 €	52.000 €	1.426.953 €	30.09.2017
Zwischensumme	19.454.075,36 €	19.145.915,74 €	318.430 €	18.827.486 €	470.270 €	18.357.216 €	

Bezeichnung des Kredites, Kontonummer	Schuldenstand 31.12.2011 lt. Kontoauszug - € -	Schuldenstand 31.12.2012 lt. Kontoauszug - € -	Tilgungen 2013 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2013 gerundet - € -	Tilgungen 2014 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2014 gerundet - € -	Ende der Zinsbindung
Haus des Gastes D-Nr: 8151009706	65.230,00 €	56.890,00 €	8.340 €	48.550 €	48.550 €	- €	
Alte Schule D-Nr: 8151009714	8.439,67 €	5.427,67 €	3.020 €	2.408 €	2.410 €	- €	
Hüttengelände D-Nr: 8320036136	41.776,85 €	35.102,45 €	35.110 €	- €	- €	- €	
Schleiferei D-Nr: 8320036470	58.525,80 €	55.823,18 €	2.760 €	53.063 €	2.820 €	50.243 €	30.10.2016
Töpferei D-Nr: 8320036500	58.491,87 €	55.788,55 €	2.760 €	53.029 €	2.820 €	50.209 €	30.10.2016
Alte Schule DGHyp D-Nr: 3225563000	143.127,44 €	124.770,45 €	19.270 €	105.500 €	20.220 €	85.280 €	30.12.2018
Wohnhaus HW8 D-Nr: 8320046018	295.174,78 €	275.979,18 €	27.060 €	248.919 €	17.500 €	231.419 €	15.09.2020
Zwischensumme	670.766,41 €	609.781,48 €	98.320 €	511.461 €	94.320 €	417.141 €	

Bezeichnung des Kredites, Kontonummer	Schuldenstand 31.12.2011 lt. Kontoauszug - € -	Schuldenstand 31.12.2012 lt. Kontoauszug - € -	Tilgungen 2013 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2013 gerundet	Tilgungen 2014 gerundet - € -	voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2014 gerundet
Turnhalle Rangsdorf	268.425,00 €	89.475,00 €	89.480 €	- €	- €	- €
Zwischensumme	268.425,00 €	89.475,00 €	89.480 €	- €	- €	- €

Gesamt	20.393.266,77 €	19.845.172,22 €	506.230 €	19.338.947 €	564.590 €	18.774.357 €
---------------	------------------------	------------------------	------------------	---------------------	------------------	---------------------

IV. Zielvorgaben gem. § 6 Abs. 4 KomHKV

§ 14 Absatz 3 der kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg fordert weiterhin die Ausrichtung der jährlichen Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle kommunaler Haushalte mit Hilfe von Produktzielsetzungen. Die Aufstellung solcher Produktziele und deren sinnvolle Einbettung in das Handeln der jeweiligen Kommune sind jedoch nicht standardisiert. D. h., es gibt keine konkreten Vorgaben, wie diese Produktzielsteuerung umgesetzt werden soll. Die Freiheit der Produktzielgestaltung macht somit die Orientierung an einem schlüssigen Konzept zur Produktzielsteuerung auf Basis langfristiger Zielsetzungen erforderlich.

Um auch diesen Anforderungen gerecht zu werden, hat der Landkreis im IV. Quartal 2011 damit begonnen, ausgehend von einem Leitbild, die ersten strategischen und mittelfristigen Entwicklungsziele festzulegen. Auf der Grundlage der mittelfristigen Entwicklungsziele sollen steuerungsrelevante Produktziele entwickelt werden, deren Zielerreichungsgrade mit Hilfe von Kennzahlen gemessen werden können. In diesem Zusammenhang werden auch Maßnahmen definiert, welche zum einen der vorgegebenen Zielerreichung und zum anderen der eindeutigen Bestimmung der dafür erforderlichen Haushaltsmittel dienen. Diese Arbeit ist 2013 nicht konsequent fortgeführt worden und wird verstärkt 2014 die Verwaltungsarbeit bestimmen.

Zur optimalen Unterstützung dieser neuen Steuerungsinstrumente hat der Landkreis begonnen ein detailliertes Berichtswesen aufzubauen. Mit dessen Hilfe sollen die so gewonnenen vollumfänglichen Sach- und Finanzinformationen zusammengefasst werden und somit der Unterstützung der Verwaltungssteuerung dienen.

V. Darstellung der Abweichung Haushaltsplan 2014 vom mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan des Vorvorjahres

Nachfolgend wird die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung des Vorvorjahres 2012 der laufenden Haushaltsplanung gegenübergestellt. Die Abweichung zeigt das mehr (+) oder weniger (-) der einzelnen Haushaltspositionen.

Abweichend zur Forderung aus § 10 Nr. 3 KomHKV wird hier der Haushaltsplan 2014 dem Vorvorjahr 2012 gegenübergestellt, da der Haushaltsplan 2013 ohne Beschluss und ohne Genehmigung nicht als Vergleich herangezogen werden kann. Die Planwerte der Beschlussvorlage für das Haushaltsjahr 2013 sind dem Haushaltsjahr 2014 vorangestellt.

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014	Planansatz 2015	Planansatz 2016	Planansatz 2017
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1.	Steuern und ähnliche Abgaben	8.233.750	7.733.750	7.733.750	7.733.750	0	0
	Abweichung +/-		1.716.250	2.182.790	1.782.790		
2.	Zuwendungen und allg. Umlagen	144.241.750	145.919.040	145.763.010	144.295.290	0	0
	Abweichung +/-		1.622.430	8.707.520	7.764.890		
3.	Sonstige Transfererträge	4.230.850	3.817.350	3.367.850	3.347.850	0	0
	Abweichung +/-		2.248.240	1.917.550	1.933.550		
4.	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.505.070	5.217.470	5.237.870	5.213.870	0	0
	Abweichung +/-		197.270	326.210	245.910		
5.	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.596.630	1.596.930	1.596.930	1.596.930	0	0
	Abweichung +/-		1.794.940	1.731.730	1.736.580	1.741.080	1.741.580
6.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.786.420	30.108.750	31.349.640	31.216.180	0	0
	Abweichung +/-		33.419.920	40.360.290	39.520.960	39.373.990	39.306.230
7.	Sonstige ordentliche Erträge	960.100	790.100	790.100	790.100	0	0
	Abweichung +/-		900.000	702.100	702.100	702.100	702.100
19.	Finanzerträge	100	100	100	100	0	0
	Abweichung +/-		581.100	580.500	580.500	580.450	580.450
	Gesamthaushalt Erträge	193.554.670	195.183.490	195.839.250	194.194.070	0	0
		0	205.167.760	218.611.170	214.858.040	215.151.400	214.482.180

Position	Bezeichnung	Planansatz 2012	Planansatz 2013	Planansatz 2014	Planansatz 2015	Planansatz 2016	Planansatz 2017
		in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
11.	Personalaufwendungen	41.113.650	41.897.050	42.095.430	42.842.600	0	0
			41.720.450	43.658.620	43.651.410	44.016.980	43.863.500
	Abweichung +/-		-176.600	1.563.190	808.810		
12.	Versorgungsaufwendungen	266.040	287.340	310.330	335.120	0	0
			339.200	487.050	518.800	553.390	590.830
	Abweichung +/-		51.860	176.720	183.680		
13.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.262.410	13.499.890	13.219.070	12.981.640	0	0
			14.634.000	15.428.000	11.551.180	11.637.610	11.141.980
	Abweichung +/-		1.134.110	2.208.930	-1.430.460		
14.	Abschreibungen	5.645.740	5.483.920	5.165.100	4.946.960	0	0
			6.261.740	6.044.340	6.049.470	5.744.110	5.368.440
	Abweichung +/-		777.820	879.240	1.102.510		
15.	Transferaufwendungen	98.782.650	93.637.620	92.738.690	90.700.990	0	0
			101.017.240	106.024.560	106.054.420	106.542.550	106.505.800
	Abweichung +/-		7.379.620	13.285.870	15.353.430		
16.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	34.146.740	38.926.680	40.816.980	38.638.440	0	0
			39.700.930	41.842.120	41.443.890	41.394.460	41.281.560
	Abweichung +/-		774.250	1.025.140	2.805.450		
20.	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.337.440	1.460.990	1.493.650	1.264.280	0	0
			1.190.000	1.176.310	1.457.960	1.390.170	1.340.220
	Abweichung +/-		-270.990	-317.340	193.680		
	Gesamthaushalt Aufwendungen	193.554.670	195.193.490	195.839.250	191.710.030	0	0
		0	204.863.560	214.661.000	210.727.130	211.279.270	210.092.330

Bezeichnung	Planansatz 2012 in EUR	Planansatz 2013 in EUR	Planansatz 2014 in EUR	Planansatz 2015 in EUR	Planansatz 2016 in EUR	Planansatz 2017 in EUR
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	187.786.270	189.416.510	190.320.050	189.072.590		
		198.957.430	212.724.080	209.380.050	210.050.640	209.745.330
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	191.749.290	190.267.920	190.984.390	186.640.000		
		199.188.670	209.007.670	204.705.380	204.810.500	203.749.810
= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (= 9 ./ 15)	-3.963.020	-851.410	-664.340	2.432.590		
		-231.240	3.716.410	4.674.670	5.240.140	5.995.520
Abweichung +/-		-620.170	-4.380.750	-2.242.080		
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.363.800	5.912.700	7.310.340	6.197.050		
		5.611.820	3.590.600	4.422.050	4.822.360	2.960.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.354.800	5.972.500	7.306.340	6.193.050		
		6.231.820	26.541.740	4.422.050	4.822.360	2.444.200
= Saldo aus Investitionstätigkeit (= 24 ./ 32)	9.000	-59.800	4.000	4.000		
		-620.000	-22.951.140	0	0	515.800
Abweichung +/-		560.200	22.955.140	4.000		
= Finanzmittelüberschuss/ Fehlbetrag (= 16 ./ 33)	-3.954.020	-911.210	-660.340	2.436.590		
		-851.240	-19.234.730	4.674.670	5.240.140	6.511.320
Abweichung +/-		-59.970	18.574.390	-2.238.080		
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0		
		0	23.046.140	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	555.390	478.180	402.440	414.420		
		506.230	1.088.060	2.641.500	2.693.710	2.743.660
= Saldo aus Finanzierungstätigkeit (= 37 ./ 40)	-555.390	-478.180	-402.440	-414.420	0	0
		-506.230	21.958.080	-2.641.500	-2.693.710	-2.743.660
Abweichung +/-		28.050	-22.360.520	2.227.080		
Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (= 34+41+44)	-4.509.410	-1.389.390	-1.062.780	2.022.170		
		-1.357.470	2.723.350	2.033.170	2.546.430	3.767.660